

Wir Berlinerinnen

LandesFrauenRat Berlin e.V.



96/März 2007

Inhalt

Thema

Internationaler Frauentag Seite 14 bis 17

LFR Aktuell

Brentano-Preis vergeben Seite 3
Wahl zum RBB-Rundfunkrat Seite 3
Antrittsbesuche Seite 4
Programm-Ausblick Seite 4
Zu Gast in Brandenburg Seite 4

Berlin

Stelle für Gleichbehandlung Seite 5
Sport an der Flatow-Schule Seite 4

Frauenpolitik national

Oberste AGG-Wächterin Seite 6
Ziegler mit GFMK-Vorsitz Seite 6
Frauen-Gipfel in Berlin Seite 7
Förderung für Infobörsen Seite 7

Position

SPD zur Kinderbetreuung Seite 8
Vorschläge greifen zu kurz Seite 9
Nachtrag zur Gesundheitsreform Seite 10
Elterngeld und Personalplanung Seite 11

Frauenpolitik international

Schwerpunkte für Europa Seite 12
Fest in Männerhand Seite 13
Österreichs Chefetagen Seite 13
Chancen und Wachstum Seite 13

Verbände auf einen Blick

Abschluss für DF-Kampagne Seite 18
DJB: Ehrennadel Seite 18
KDFB: Generationen-Dialog Seite 19
Tagung der Gartenfreunde Seite 19

Rubriken

Impressum Seite 2
LFR unterwegs Seite 2
Neues aus dem UCW Seite 4
Termine Seite 20

Liebe Ladies,

eigentlich wollte ich an dieser Stelle etwas zum Internationalen Frauentag sagen, sozusagen an vorderster Front. Aus gegebenem Anlass habe ich mich zurückgenommen und Sie finden meine Gedanken zu diesem Thema auf Seite 14.

Mir sind nämlich Zweifel gekommen, ob Frauen als solche überhaupt vorkommen. Im einschlägigen Bundesministerium offenbar nicht mehr und in den Medien schon gar nicht. Frauen existieren, so fürchte ich, nur noch im Familienkontext, kategorisiert als Frauen mit Kindern und solchen ohne, die auf Kinder verzichten wegen des Berufs, den sie nicht vereinbaren können. Ach ja, da gibt es noch die Rabenmütter und Gebärmaschinen – das sind solche Frauen, für die bzw. deren Kinder der Staat (zu) viele Krippenplätze schaffen will und die dann auch noch davon Gebrauch machen.

Herr/Frau/je! Liebe Frau von der Leyen, ich weiß, es geht Ihnen nur um die berühmten Wahlmöglichkeiten. Bitte schaffen Sie sie!

Und ich wünsche mir auch ganz viele Frauen, die Beruf und Kinder irgendwie unter einen Hut kriegen, wobei es, wie ich aus eigener Erfahrung weiß, da nichts zu vereinbaren gibt, sondern einfach mehrere Herausforderungen auf einmal zu bewältigen sind: Die eine kommt zur anderen, das gilt es zu organisieren.

Aber, Frau Ministerin, vergessen Sie nicht in dem von Ihnen gekonnt entfachten Medienrummel und den Querschüssen kollegialer Politneidhammel: Ihr Haus ist auch für solche Frauen zuständig, die nur Frau sui generis sein wollen.

Das, liebe Ladies, musste ich einfach einmal los werden – an vorderster Stelle!

Und denken Sie bitte immer daran: Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!

Herzliche Grüße
Ihre

Einen Monat lang Neujahr

Empfänge von der Frauenunion bis zur FDP-Fraktion

♦ Wie lange dauert eigentlich Neujahr? Mindestens einen Monat, denn die Empfänge zur Begrüßung des neuen Jahres sind über den ganzen Januar verteilt. Der LandesFrauenRat und seine Vorstandsmitglieder starteten am 8. Januar mit dem Neujahrsempfang der Frauenunion (FU) der Berliner CDU in der CDU-Bundeszentrale am Klingelhöfer Ufer. Marlies Brouwers, Barbara Faccani, Juliane von Friesen und Anneliese Wolf staunten nicht schlecht, als die FU-Vorsitzende Edeltraut Töpfer eine große Zahl von Herren der Schöpfung aber nur zwei Frauen namentlich begrüßte, zu denen auch die LFR-Vorsitzende zählte. Runde zwei fand in der wunderbaren Villa Griesebach in der Fasanenstraße statt. Dorthin hatte die Bürgerstiftung am 11. Januar eingeladen. Die LFR-Vorsitzende traf hier viele Menschen, die sich vorbildlich im Ehrenamt für die Schwächeren in unserer Gesellschaft engagieren. Natürlich waren

auch diejenigen da, die im Sommer im UCW bei einer LFR-Mitgliederversammlung ihre wichtigsten Projekte vorgestellt hatten.

Einmal warmgelaufen stürzte sich Juliane von Friesen am nächsten Tag ins Getümmel im Ludwig-Erhard-Haus: 1.700 Menschen, vorwiegend aus Politik, Wirtschaft und Medien, waren der Neujahrseinladung der Industrie- und Handelskammer und der Handwerkskammer gefolgt. Auf engstem Raum konnte man höchst komprimiert und zeitsparend eine Vielzahl von Gesprächen führen und das eine oder andere an der richtigen Stelle platzieren.

Am 13. Januar ging es gleich weiter beim Neujahrsempfang der SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus. Die Schnittmenge derjenigen, die man schon am Vortag bei der IHK/HK getroffen hatte, dürfte bei 75 Prozent gelegen haben. Allerdings war in der Reinhardtstraße auch der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit im legeren Outfit anwesend. Am Vorabend war er dagegen nicht gesichtet worden. Die Lust und Last der Präsentation des LFR war diesmal auf sechs Schultern verteilt: Barbara Faccani, Juliane von Friesen und Mechthild Rawert.

Schon am 16. Januar folgte Neujahrsempfang Nummer 5 bei der Deutschen Telekom im alten Reichstelegraphenamt, heute die Repräsentanz der Telekom in der Hauptstadt. Auch hier großes Gedränge und viele bekannte Gesichter aus Politik und Wirtschaft. René Obermann, der neue Vorstandsvorsitzende des Telekom-Konzerns, begrüßte die Gäste und versicherte der LFR-Vorsitzenden, indem er seine Visitenkarte überreichte, wenn kein anderer eventuelle Leitungsstörungen beseitigen könne, würde er selbst notfalls kommen. Wenn das kein Versprechen ist! Die Festrede hielt Bundesaußenminister Frank-Wal-

ter Steinmeier (SPD), der die selbstgestellten Aufgaben der deutschen EU-Ratspräsidentschaft erläuterte und dem ebenfalls anwesenden Regierungskollegen Bundesarbeitsminister Franz Müntefering zum 67. Geburtstag gratulierte. Dabei kam nicht der Eindruck auf, dass damit ein Übergang in die Rente verbunden sein sollte.

Nach kurzer Verschnaufpause folgten die Neujahrsempfänge Nummer 6 bis 9: Am 20. Januar hatte der Berliner Fußball-Verband in die Rotunde der Dresdner Bank am Pariser Platz eingeladen. Deutlich mehr Funktionäre als Sportler waren der Einladung gefolgt, die sich durch einen wahren Redenmarathon von über zwei Stunden auszeichnete. Bemerkenswert war auch die musikalische Umrahmung. Es spielte munter die Band der Rütli-Schule. Traditionell mit viel Uniformen aus mindestens vier Jahrhunderten beging die Preußische Gesellschaft am 21. Januar ihren Neujahrsempfang in den weitläufigen Räumlichkeiten des Hilton Hotels am Gendarmenmarkt. Mindestens 800 Menschen nutzten die Gelegenheit, sich nochmals alles Gute zum nicht mehr ganz so neuen Jahr zu wünschen, unter ihnen auch die LFR-Vorsitzende.

Nicht ganz so viele Menschen, aber sicherlich 400, kamen zum Neujahrsempfang des Handelsverbandes Berlin-Brandenburg. Die ebenso charmante wie kompetente Präsidentin des HBB begrüßte unter anderem Bürgermeisterin und Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD), ihren Kollegen Bürgermeister und Wirtschaftssenator Harald Wolf (Linkspartei.PDS), der eine längere Rede mit sehr optimistischen Tönen hielt, und den brandenburgischen Wirtschafts-

Impressum

Herausgeber:

LandesFrauenRat Berlin e.V.

Sigmaringer Straße 1

10713 Berlin

Telefon: 030/785 70 10

Fax: 030/86 00 88 40

Email: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: Juliane Freifrau von Friesen (ViSdP), Sabine Röhrbein

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des LandesFrauenRates wieder. Beiträge oder Auszüge dürfen nur mit ausdrücklicher Genehmigung des LandesFrauenRates Berlin e.V. von Dritten veröffentlicht werden. Davon ausgenommen sind der Deutsche Frauenrat und die Dachverbände der Frauenverbände in den Bundesländern.

Erscheinungsdatum: 7.03.2007

Fortsetzung auf Seite 3



Brentano-Preis für Seyran Ates

♦ Am 7. Februar 2007 wurde an der FU Berlin der Margherita-von-Brentano-Preis 2006 an Seyran Ates verliehen. Der seit 1995 jährlich durch die Freie Universität Berlin verliehene und mit 11.000 Euro dotierte Preis würdigt innovative Projekte und Initiativen im Bereich der Frauen- und Geschlechterstudien. Mit Seyran Ates ist erstmals eine Frau ausgezeichnet worden, die nicht an der FU forscht. Allerdings hat sie sich so herausragende Verdienste als unermüdliche Kämpferin für die Rechte muslimischer und speziell türkischer Frauen erworben, dass die Juristin, die an der FU studiert hat, vom Fachbereich Rechtswissenschaft und dem FU-Frauenrat als die Frau ausgewählt wurde, die wie keine andere 2006 den renommierten Preis verdient hat. Ihr Wirken wurde eindrucksvoll durch Jutta Limbach gewürdigt, der Präsidentin des Goethe-Instituts, frühere Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts und Jura-Professorin an der FU. In ihrer Dankesrede ging Seyran Ates noch einmal auf die Gründe ein, die sie 2006 bewogen hatten, ihre Zulassung als Rechtsanwältin zurückzugeben. Es sei ausschließlich die Sorge um ihr eigenes und vor allem das Leben ihrer kleinen Tochter gewesen, die sie zu diesem Schritt veranlasst habe.

Nach dem Attentat vor einigen Jahren auf sie, bei dem sie schwer verletzt worden war, sei sie auch aktuell immer wieder vor allem von den Männern ihrer Mandantinnen physisch und psychisch bedroht worden, wenn diese sich scheiden lassen wollten. Auch die Kopftuchdiskussion habe zu zahlreichen Drohungen gegen sie geführt. In diesem Zusammenhang erinnerte Seyran Ates an die Kurdin Hatun Sürücü, die exakt vor zwei Jahren von mindestens einem ihrer Brüder mit mehreren Schüssen quasi hingerichtet worden sei, nur weil sie ein „westliches“ Leben habe führen wollen.

Ihre Rede löste bei den Zuhörerinnen und Zuhörern im gut gefüllten großen Hörsaal der FU-Silberlaube Betroffenheit, aber auch immer wieder Applaus aus. Besonders stolz zeigte sich die Ates-Familie, die zum Teil aus der Türkei angereist war. Zum Lachen brachte alle die kleine Tochter von Seyran Ates, als diese fröhlich versuchte, das Mikrofon ihrer Mutter zu ergattern. Seyran Ates wünschte sich vor allem für sie eine Zukunft in Freiheit und ohne Angst und Bedrohung. Mit ihrem Preisgeld will Seyran Ates eine Veranstaltungsreihe am Fachbereich Rechtswissenschaft der FU zu den Themen „Ehrenmord und Zwangsheirat“ initiieren. (JvF)

LFR-Vorsitzende im RBB-Rundfunkrat

♦ Mit Jahresbeginn hat sich der RBB-Rundfunkrat neu konstituiert. Ihm gehört in der neuen Periode auch die LFR-Vorsitzende Juliane von Friesen als Frauenvertreterin für die Bundesländer Berlin und Brandenburg an. Sie hat damit die Brandenburgerin Friederike von Borstel abgelöst, die bisher diese Funktion wahrgenommen hat. Hintergrund ist eine Vereinbarung des LandesFrauenRates Berlin und des Frauenpolitischen Rats Land Brandenburg, nach der die beiden Dachverbände der Frauenorganisationen in Berlin und

Brandenburg abwechselnd die Frauenvertreterin stellen. Im Vorfeld der Neukonstituierung hatten LFR und Frauenpolitischer Rat versucht, auf die übrigen Vertreterorganisationen des öffentlichen Lebens Einfluss zu nehmen, mehr Frauen in den Rundfunkrat zu entsenden. Im Ergebnis werden die Zuhörerinnen und Zuschauerinnen jetzt von acht weiblichen Mitgliedern von insgesamt regulär 30 und aktuell 29 vertreten. Bei der ersten Sitzung hat Juliane von Friesen dieses eklatante Missverhältnis kritisiert.

Ein Monat Neujahr

Fortsetzung von Seite 2

staatssekretär Dr. Wolfgang Krüger, dessen kurze Rede ausgesprochen unterhaltsam war.

Der letzte Neujahrsempfang, den die LFR-Vorsitzende besuchte, war der des LFR-Neumitglieds Verband deutscher Unternehmerinnen. Der VdU Landesverband Berlin-Brandenburg hatte als attraktiven Ort das neue Hôtel de Rome ausgewählt und den CDU-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Dr. Friedhelm Pflüger als Festredner gewonnen. Gesichtet wurden auch sein Pendant von der FDP, Dr. Martin Lindner, und die SPD-Bundestagsabgeordnete Petra Merkel. Da frau nicht gleichzeitig an mehreren Orten in Erscheinung treten kann, repräsentierten Marlies Brouwers und Barbara Faccani den LFR beim Neujahrsempfang der Üpfi.

Noch mal Neujahr

Am 30. Januar lud die FDP-Fraktion im Bundestag zum Ladies Lunch in die Diekmanns Austernbar im Hauptbahnhof. Das Wetter war mies, ganz im Gegensatz zu den Getränken und den Häppchen, die man getrost als luxuriös bezeichnen konnte. Die Eröffnungsreden von Cornelia Pieper, MdB, und dem FDP-Vorsitzenden Dr. Guido Westerwelle waren kurz und kurzweilig und das Plädoyer der Schriftstellerin Thea Dorn „Die neue F-Klasse“ war richtig klasse. Gespräche und Networking kamen nicht zu kurz, Karten wurden eifrig getauscht. Anwesend waren unter anderem Barbara Scheel, Ehefrau des Alt-Bundespräsidenten, Neuunternehmerin Ingrid Rexrodt, Ex-Politikerin und Beraterin Dr. Irmgard Schwätzer, Berliner FDP-Frontfrau Mieke Senftleben, Rechtsanwältin und Deutschland-Repräsentantin von Innocence of Danger Ursula Raue, die Präsidentin des Deutschen Juristinnenbundes Rechtsanwältin Jutta Wagner, die neue BSR-Vorsitzende Vera Gäde-Butzlaff und, und, und... (JvF)

Neues aus dem UCW

Frauenmesse am 26. März von 11 bis 18 Uhr

♦ Das UCW rüstet sich für die Frauenmesse 2007, die erstmals in dem Gründerinnenzentrum am U-Bahnhof Blissestraße stattfindet. Bisher lud der Bezirk traditionell ins Rathaus Charlottenburg ein - in diesem Jahr soll eine neue Tradition begründet werden. „Frauenberufungen“ lautet das Motto - auch die Schwerpunktsetzung ist bei der Frauenmesse eine Neuerung, um das Themenfeld „Arbeit und Beruf“ soll sie sich diesmal drehen. So werden die Messebesucherinnen nicht nur in die Büros und Praxen der UCW-Frauen blicken, sondern sich auch über Weiterbildung, Existenzgründung und Förderprogramme informieren können. Der LandesFrauenRat präsentiert sich mit seinen Mitgliedsverbänden in der dritten Etage. Dabei sind unter anderem die Feministische Partei „Die Frauen“ und der Deutsche Akademikerinnenbund. Der Frauenbund für alkoholfreie Kultur sorgt für fruchtige Erfrischungen. Während im LFR-Büro Broschüren und anderes Infomaterial ausliegt, wird der Sitzungsraum für Gesprächsrunden genutzt. Nachmittags können die Besucherinnen zum Beispiel ihre Bewerbungsunterlagen zur Prüfung vorlegen - ein Angebot des Akademikerinnenbundes. Wie frau ihre Abschlussarbeiten am besten organisiert, ist in einem Vortrag ebenfalls der Akademikerinnen zu erfahren. Weitere Angebote sind in Vorbereitung. Es lohnt sich also auf alle Fälle, bei der Frauenmesse vorbeizuschauen und dabei die LFR-Geschäftsstelle als Treffpunkt zu nehmen.

LFR-Mitgliedsverbände, die sich noch beteiligen wollen, melden sich bitte in der Geschäftsstelle.

Antrittsbesuche des LFR-Vorstandes

♦ Nach der Berlin-Wahl 2006 gibt es auf Senatsebene neue Gesichter - bei zweien davon, der Chefin der Senatskanzlei, Barbara Kisseler, und der Staatssekretärin in der Senatsfrauenverwaltung, Almuth Nehring-Venus, stellte sich der Vorstand des LandesFrauenRats in persönlichen Gesprächen vor. Beim Antrittsbesuch Ende Januar im Roten Rathaus lernte der LFR-Vorstand eine eloquente Frau kennen, für die „Gleichstellungspolitik“ kein Fremdwort ist. Barbara Kisseler, vormals Staatssekretärin für Kultur, machte unter anderem deutlich, dass bei der wichtigen Gremienbesetzung die konsequente Umsetzung des Landesgleichstellungsgesetzes (LGG) in der Senatskanzlei unstrittig ist. Sie nehme stets Einfluss, wo immer es möglich sei. Diesem ersten guten Gespräch werden sicher weitere mit Frau Kisseler folgen. Anfang Februar war der LFR-Vorstand in die Senatsfrauenverwaltung

in der Schöneberger Martin-Luther-Straße eingeladen, wo sich die neue Staatssekretärin lange Zeit nahm, um Fragen der Gleichstellungs- und Frauenpolitik zu diskutieren. In einer offenen und konstruktiven Gesprächsatmosphäre unterstrich Almuth Nehring-Venus, zuletzt Bezirksstadträtin für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Kultur in Pankow, dass der Senat die Anti-Gewalt-Arbeit und die Umsetzung von Gender Mainstreaming in allen Bereichen weiterführen sowie eine Initiative zur Gleichstellung von Frauen in der Wirtschaft starten wolle. Auf den Bericht „Frauen in Berlin“ angesprochen, machte sie deutlich, dass dieser fortgeschrieben werden soll. Allerdings soll dies durch eine Indikatorenbildung geschehen, die möglichst mit den übrigen Bundesländern abgestimmt werden soll. Damit soll ein Ranking der Länder in Sachen Gleichstellung möglich werden. (sbr)

Zu Gast beim Frauenpolitischen Rat

♦ Im Europäischen Jahr der Chancengleichheit stellte der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg bei seiner Mitgliederversammlung am 17. Februar 2007 in Potsdam das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz (AGG) in den Mittelpunkt. Die Koordinatorin für Antidiskriminierungsfragen im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie (MASGF) Elfie Wiedemann führte in das irgendwie immer noch recht sperrige Gesetz ein, zu dem es viele Fragen gab. Im Anschluss daran ging Barbara Jersel vom Paritätischen Wohlfahrtsverband auf die ganz praktischen Aspekte des AGG ein. Die Diskussion, an der sich auch die LFR-Vorsitzende als sehr freundlich begrüßter Gast beteiligte, war ausgesprochen lebhaft. Sie wünschte den Teilnehmerinnen für den weiteren Verlauf der Versammlung alles Gute. (JvF)

Ausblick auf LFR-Programm

♦ Seine monatlichen Mitgliederversammlungen öffnet der LandesFrauenRat immer wieder für Vereine und Initiativen, die ihre Arbeit so den Delegierten vorstellen können. Am 19. März ist der Verein Wildwasser zu Gast und informiert über seine neuen Projekte, wie zum Beispiel das Frauen-Nachtcfé. Für die Mitgliederversammlung am 14. April ist Staatssekretärin Almuth Nehring-Venus angefragt. Beide Veranstaltungen finden um 18 Uhr im Konferenzsaal des UCW (4. Etage) statt. Angesichts des Erfolgs des gemeinsamen Seminars mit der Evangelischen Akademie im vergangenen Jahr soll 2007 eine zweite Auflage folgen. Im Jahr der Chancengleichheit für alle sollen Diversity und AGG im Mittelpunkt stehen. Der Termin dafür steht auch schon fest: Am 12. und 13. Oktober ist Schwanenwerder Gastgeber.



Landesstelle für Gleichbehandlung

♦ „Es wird eine Senatsleitstelle gegen Diskriminierung im Sinne einer kundenorientierten Beratungsstelle eingerichtet, die alle Diskriminierungsmerkmale umfasst“, heißt es im Koalitionsvertrag von SPD und Linkspartei.PDS. Das ist jetzt eingelöst: Die Senatsleitstelle wurde bei der Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales eingerichtet. Dabei wurden der Fachbereich für gleichgeschlechtliche Lebensweisen, der seit seiner Gründung 1989 der Senatsjugendverwaltung zugeordnet war, und ein Teil der Aufgaben des Büros des Integrationsbeauftragten des Landes Berlin einbezogen. Die neu gebildete Landesstelle für Gleichbehandlung – gegen Diskriminierung (Antidiskriminierungsstelle) ist bei

Staatssekretärin Dr. Petra Leuschner angesiedelt und nimmt Aufgaben im Sinne des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) wahr. Damit steht Berlinerinnen und Berlinern, die sich aus Gründen der Rasse, der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität diskriminiert fühlen, neben der Antidiskriminierungsstelle des Bundes auch die Landesstelle offen. Allerdings bleibt die Senatsfrauenverwaltung für die Diskriminierung von Frauen aufgrund des Geschlechts zuständig. Über die Senatsleitstelle können sich Interessierte auf den Seiten der Senatsverwaltung unter www.berlin.de im Bereich Integration informieren.

Beauftragte für Bürgerengagement

♦ Neue Beauftragte für Bürgerschaftliches Engagement ist seit dem 1. März Staatssekretärin Monika Helbig, die Bevollmächtigte des Landes Berlin beim Bund und Europabeauftragte des Senats. Sie folgt André Schmitz nach, der die Funktion seit 2003 wahrgenommen hatte. Der Regierende Bürgermeister Klaus Wowereit hat die neue Beauftragte berufen, nachdem der Senat die Geschäftsverteilung der Ressorts festgelegt und darin erstmals auch die Funktion einer Beauftragten für Bürgerschaftliches Engagement verankert hat. Sie verstehe Berlin als Bürgerkommune und wolle dazu beitragen, die Rahmenbedingungen dafür weiter zu verbessern, so Monika Helbig.

Volleyballerinnen weiter an Flatow-Schule?

Bezirksbürgermeisterin will „Fräuleinwunder“ erhalten

♦ ***Nach dem Willen von Landessportbund und Schulaufsicht sollen Sportlerinnen keinen Platz mehr an der Flatow-Oberschule haben. Dazu nimmt die Bezirksbürgermeisterin von Treptow-Köpenick, Gabi Schöttler (SPD), wie folgt Stellung:***

Für das Konzept der gemeinsamen Realschul- und Gymnasialausbildung für die zukünftigen Schülerinnen und Schüler der Flatow-Oberschule habe ich große Sympathie und wünsche der Flatow-Oberschule für die Umsetzung das Allerbeste.

Kein Verständnis habe ich für die Mitteilung des Referenten für Leistungssport im Landessportbund Berlin, Herrn Heinze und von Herrn Schunder (operative Schulaufsicht) vom 15.02.2007, dass ab sofort keine Volleyballerinnen mehr in der Flatow-Oberschule beschult werden. Im Übrigen trifft das auch die Mädchenfußballmannschaften des 1. FC Union. Treptow-Köpenick ist sehr stolz auf unser „Köpenicker Fräulein-

wunder“, die jungen Damen des KSC, die auf Bundesebene (1. und 2. Bundesliga) und Landesebene (diverse Berliner Meisterschaften) Erfolge aufweisen. Die Flatow-Schule hat großen Anteil an diesem „Fräuleinwunder“ und daran, dass die Volleyballerinnen nebenher auch noch beweisen konnten, dass ein Abitur mit 1,6 Notendurchschnitt „neben“ dem Sport möglich ist (Beispiel Kathie Kopetschke). Die Volleyballerinnen haben stets mit ihren ganz persönlichen Beiträgen für eine gute Einstellung zur schulischen Leistung an der Flatow-Oberschule gesorgt. Sie sind durch ihre Disziplin und ihren Teamgeist Vorbilder für ihre Mitschülerinnen und Mitschüler geworden. Grundsteine für den Erfolg der Jugendarbeit im KSC sind unter anderem Disziplin, Mannschaftsgeist und der wohnortnahe Leistungssportbetrieb. Die Schülerinnen können zu Fuß oder per Rad die Flatow-Schule oder die Trainingshallen erreichen. In großem Respekt vor

dem, was in langen Jahren für den Leistungssport getan wurde, habe ich Bildungssenator Professor Jürgen Zöllner, den Präsidenten des Landessportbundes Berlin e.V. Peter Hanisch und die Vorsitzende des Sportausschusses im Abgeordnetenhaus, Karin Seidel-Kalmutzki gebeten, dem leistungsorientiertem Volleyball an der Flatow-Oberschule - Eliteschule des Sports - den Platz, den sich der Frauenvolleyball mit vielen, teilweise legendären Spielen verdient hat, nicht zu versagen. Ich habe diese Bitte auch im Interesse der Fußballerinnen und des Frauensports geäußert.

Die Bitte der Köpenicker nach Einrichtung einer zusätzlichen 4. Profilklassse (Volleyball-Mädchen, Fußball-Mädchen) am Standort Flatow-Oberschule sollte wohlwollend geprüft werden. Mit diesem Schritt könnte man meines Erachtens zeigen, dass nicht nur über Jugendförderung geredet, sondern entsprechend gehandelt wird.

Oberste AGG-Wächterin im Amt

900 Anfragen bei Antidiskriminierungsstelle des Bundes

♦ Martina Köppen ist die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle des Bundes beim Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Am 1. Februar hat die zuständige Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) sie in ihr Amt eingeführt. Köppen war bis zur Übernahme ihrer neuen Aufgabe für den Bereich Europa im Kommissariat der deutschen Bischöfe, Katholisches Büro in Berlin, verantwortlich. Davor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität der Bundeswehr Hamburg. Die gebürtige Bochumerin und promovierte Volljuristin ist 49 Jahre alt, verheiratet und hat zwei Kinder.

Mehr als 900 Kontakte mit Bürgerinnen und Bürgern, Arbeitgebern und Verbänden hat die Antidiskriminierungsstelle (ADS) seit dem Inkrafttreten des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) am 18. August 2006 bis zum Februar verzeichnet. Etwa 40 Prozent waren Anfragen von Betroffenen und rund 60 Prozent von Verbänden, Arbeitgebern und aus der Wissenschaft. Die Betroffenen erkundigten sich in erster Linie nach

den Diskriminierungsmerkmalen Alter, Behinderung, Geschlecht und ethnische Herkunft. Bei den Arbeitgebern bestehe insbesondere eine Unsicherheit über den Inhalt von Stellenausschreibungen und den Ablauf von Bewerbungsverfahren, informierte das Bundesministeriums. Fragen gebe es ferner zu den benennenden Stellen, die in Betrieben und Behörden Beschwerden nach dem AGG entgegennehmen sollen.

Die ADS ist in ihrer Arbeit unabhängig und berät Menschen, die sich aus Gründen der Rasse oder wegen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion oder Weltanschauung, einer Behinderung, des Alters oder der sexuellen Identität benachteiligt fühlen. Alle Bundesbehörden sind der Stelle gegenüber auskunftspflichtig. Alle vier Jahre leitet sie dem Deutschen Bundestag einen Bericht über Benachteiligungen aus den genannten Gründen zu, der erste Bericht wird voraussichtlich im Jahr 2009 vorgelegt. Außerdem hat die ADS den gesetzlichen Auftrag, Nichtregierungsorganisationen sowie Ein-

richtungen, die zum Schutz vor Diskriminierung tätig sind, in ihre Arbeit einzubeziehen. Sie soll von einem 16-köpfigen Beirat beraten werden, der den Dialog mit den gesellschaftlichen Gruppen sicherstellen soll und sich je zur Hälfte aus Frauen und Männern zusammensetzt.

Die Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauen- und Gleichstellungsbüros (BAG) hatte bei ihrer Bundeskonferenz 2006 einen Sitz in dem Beirat gefordert. Die BAG, die 1.800 kommunale Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vertritt, will auch an den betrieblichen Beschwerdestellen beteiligt werden und plädiert dafür, auf kommunaler Ebene Beschwerdekommisionen einzurichten, an denen dann ebenfalls die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten beteiligt sind. (sbr)

Kontakt: Antidiskriminierungsstelle des Bundes, Alexanderstraße 1, 10178 Berlin, Telefon: 030/185 55-18 65, Fax: -418 65, Email: ads@bmfsfj.bund.de, Sprechzeiten sind montags bis donnerstags von 9 bis 12 Uhr.

Mehr Frauen in Führungspositionen

♦ In den obersten Bundesbehörden hat sich die Zahl weiblicher Führungskräfte dank des Bundesgleichstellungsgesetzes (BGleG) erhöht. Das ist das Ergebnis des ersten Erfahrungsberichts zu dem seit 2001 bestehenden Gesetz. Danach stieg von 2000 bis 2006 die Zahl der Abteilungsleiterinnen von rund neun auf etwa 15 Prozent. Der Anteil von Frauen an Unterabteilungsleitungen ist von 8,6 auf 14,7 Prozent, bei den Referatsleitungen von 13,5 auf 20 Prozent gestiegen. Insgesamt sind 45,3 Prozent aller Beschäftigten der obersten Bundesbehörden Frauen.

Ziegler übernimmt GFMK-Vorsitz

♦ Mit Jahresbeginn hat Brandenburg den Vorsitz für die 17. Konferenz der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen und -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder (GFMK) übernommen. Damit wird Brandenburgs Ministerin Dagmar Ziegler für ein Jahr die Geschäfte führen und unter anderem die Vertretung der GFMK gegenüber der Bundesregierung und den europäischen Gremien und Organisationen übernehmen. Ebenfalls gehören zu ihren Aufgaben die Vertretung der GFMK gegenüber der Ministerpräsidentenkonferenz und anderen FachministerInnenkon-

ferenzen sowie gegenüber Verbänden und anderen Institutionen. Die 17. GFMK wird am 31. Mai und 1. Juni 2007 in Potsdam stattfinden, die Vorkonferenz tagt am 19. und 20. April ebenfalls in der brandenburgischen Landeshauptstadt. Zu den vier Schwerpunktthemen „Arbeitsmarkt für Frauen“, „Familienrecht und Familienpolitik“, „Soziale Sicherung von Frauen“ und „Frauenförderung im Bereich Wissenschaft“ wurden im Vorfeld länderübergreifende Arbeitsgruppen eingerichtet.

Weitere Informationen unter www.masgf-brandenburg.de im Internet.

Frauen-Gipfel im Berliner Interconti

♦ Während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und im „Europäischen Jahr der Chancengleichheit für alle“ öffnet vom 14. bis 16. Juni 2007 der 17. Globale Frauen-Gipfel (Global Summit of Women) im Berliner Hotel Intercontinental seine Pforten. Seit 16 Jahren findet weltweit an verschiedenen Orten das Treffen von Business-Frauen statt. Am vorigen Gipfel 2006 im ägyptischen Kairo nahmen 900 Frauen aus 89 Ländern teil, darunter 44 Ministerinnen, Unternehmerinnen, Managerinnen und Gründerinnen sowie Frauen auf dem Weg in Gründungen oder in führende Positionen dürfen sich angesprochen fühlen – ein exklusiver Kreis, was die Teilnahmegebühr in Höhe von 450 Dollar unterstreicht. Konferenzsprachen sind Englisch, Französisch, Spanisch und Deutsch. Internationale Sponsoren, wie Microsoft, IBM, die Deutsche Telekom und McKinsey unterstreichen mit ihrem Engagement die Bedeutung der Veranstaltung, die 2007 erstmals in Deutschland stattfin-

det. „Globaler Marktplatz: Herausforderungen und Chancen“ ist das Thema des Berliner Gipfels. Das Internationale Planungskomitee wird von Irene Natividad, der Initiatorin der Bewegung des Globalen Frauen-Gipfels, geleitet. In Berlin wurde ein Nationales Gastgeberinnenkomitee gebildet, dem auch der Deutsche Frauenrat und der LandesFrauenRat Berlin, vertreten durch die Vorsitzende Juliane von Friesen und Barbara Faccani, angehören.

Das Programm sieht mehrere Plenumsveranstaltungen vor, bei denen die Stärkung des wirtschaftlichen Engagements von Frauen im Mittelpunkt steht. Die Entwicklung wichtiger beruflicher Fähigkeiten ist Fokus der vier Schwerpunkte Entwicklung von Führungskompetenzen, unternehmerisches Handeln und Führung kleiner Unternehmen sowie offenes Themenforum. Rund um den Gipfel gibt es kontinuierlich die Chance zum Netzwerken mit Frauen aus Unternehmen weltweit. Auf dem Gipfel werden jedoch keine

Dokumente verabschiedet, hier geht es ausschließlich um Erfahrung- und Informationsaustausch sowie das Bekanntmachen von best practice-Beispielen. Die Diskussionen sollen offene sein.

Im Rahmen des Gipfels sollen zwei Preise verliehen werden: der Global Women's Leadership Award und der German Women's Leadership Award. Das Internationale Planungskomitee hat die deutschen Gastgeberinnen aufgefordert, eine geeignete Kandidatin für den nationalen Frauenpreis zu benennen. Er soll an eine erfolgreiche Frau für ihr Lebenswerk verliehen werden, die sich ganz besonders für das berufliche Weiterkommen anderer Frauen eingesetzt hat. Der LandesFrauenRat Berlin hat sich an der Nominierung für diesen Preis beteiligt. (sbr)

Weitere Informationen sowie die Anmeldeformulare sind auf der Website des Globalen Frauen-Gipfels unter www.globewomen.com zu finden.

Broschüre informiert über Elterngeld

♦ Was bedeutet das neue Elterngeld- und Elternzeitgesetz für die Arbeitgeberseite? Auf welche Veränderungen müssen sich die Verantwortlichen in den Betrieben einstellen? Wie lässt sich die zu Jahresbeginn in Kraft getretene Regelung für den Erfolg des Unternehmens optimal ausnutzen? Diese Fragen beantwortet die neue kostenlose Broschüre „Das neue Elterngeld - Umsetzung in der betrieblichen Praxis“, die das Bundesfamilienministerium herausgegeben hat. Sie kann beim Publikationsversand der Bundesregierung, Postfach 48 10 09 in 18132 Rostock, Telefon: 01805/77 80 90 (12 Cent pro Minute) oder per Email an publikationen@bundesregierung.de bestellt werden.

Ministerium fördert Infobörsen

♦ Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unterstützt jetzt verstärkt die Vernetzung von Fraueninitiativen und -institutionen auf lokaler Ebene. Von diesem Jahr an sollen örtliche Gleichstellungsbeauftragte, Beratungsstellen sowie Vereine und Verbände mit Förderung des Ministeriums jährlich bundesweit rund 80 Infobörsen zu Themen wie Chancengleichheit im Erwerbsleben, Altersvorsorge, politisches Engagement oder Gewalt gegen Frauen organisieren. Die Initiative unter dem Motto „Informieren, Austauschen, dabei sein“ startete mit der Freischaltung von www.infoboersen-fuer-frauen.de im Internet. Die lokalen Infobörsen, die wie Messen organisiert sind, richten

sich an Mädchen und Frauen aller Altersgruppen und Kulturkreise. Sie geben Tipps, wie Frauen Netzwerke aufbauen und ihre Position im Alltag wie im Berufsleben verbessern können. Spezielle Angebote für ältere Frauen und für Migrantinnen berücksichtigen die demografischen und gesellschaftlichen Veränderungen in Deutschland. Die Infobörsen sollen bestehende lokale Initiativen bündeln und den Austausch der gleichstellungspolitischen Akteurinnen und Akteure vor Ort fördern. Je nach Themenschwerpunkt und Bedarf können die Veranstalterinnen auch mit Arbeitsagenturen oder Ausländerbehörden zusammenarbeiten. Praktische Unterstützung erhalten sie durch ein Servicebüro.

Paradigmenwechsel soll finanzielle Folgen haben

SPD stellt Konzept zur Kinderbetreuung vor (Auszüge)

♦ Der SPD-Vorsitzende Kurt Beck, der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Dr. Peter Struck, Bundesfinanzminister Peer Steinbrück, die Bonner Oberbürgermeisterin Bärbel Dieckmann und die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Nicolette Kressl, haben Ende Februar das Konzept der SPD für die Umsetzung eines Rechtsanspruchs auf Kinderbetreuung vorgestellt:

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen Kinder und Familien gezielter fördern. Deutschland gibt nicht zu wenig Mittel aus für die Familien, sondern vielfach an den falschen Stellen. Das zeigen uns zahlreiche internationale Vergleichsstudien. Woran es bei uns hapert, ist die Infrastruktur. Genau diese ist aber die Grundlage für familien- und bildungspolitischen Erfolg. Andere Länder sind bei gleichem oder geringerem Mitteleinsatz erfolgreicher hinsichtlich Geburtenrate, Armutsvermeidung, Frauenerwerbstätigkeit und Bildungschancen, weil sie ihre Mittel zielgenauer einsetzen. Wir setzen uns zum Ziel, zügig zur Spitzengruppe von erfolgreichen Staaten aufzuschließen. Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist der Ausbau von Bildung und Betreuung die familienpolitische Aufgabe Nummer eins. Denn der Ausbau des Angebots an Kinderbetreuung ist ein wirkungsvoller Schlüssel zur Verbesserung der Bildungs- und damit Zukunftschancen unserer Kinder, besseren Integration von Kindern aus sozial benachteiligten Familien, besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf, nachhaltigen Armutsvermeidung. Gute Bildung und Weiterbildung, aber auch die Erhöhung der Erwerbschancen von Frauen werden vor dem Hintergrund von demografischem Wandel und Globalisierung auch

zur ökonomischen Notwendigkeit. Es gilt, keine Zeit mehr zu verlieren. Deshalb wollen wir ein Bündnis für Kinder und Familien von Kommunen, Ländern und Bund. Mit dem Angebot an Kindertagesstätten und Tagesmüttern wollen wir eine wirkliche Wahlfreiheit herstellen. Es geht uns nicht darum, ein bestimmtes Familienmodell vorzuschreiben. Es geht vielmehr darum, für die tatsächlichen Bedürfnisse von jungen Eltern und Kindern die besten Rahmenbedingungen zu schaffen.

Mit dem Tagesbetreuungsausbaugesetz (TAG) für Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren und dem 4-Milliarden-Ganztagschulprogramm hat die SPD in der Regierungsverantwortung erstmals sichtbar neue Prioritäten in der Familienpolitik gesetzt. Die von unserer damaligen Familienministerin Renate Schmidt gestarteten Initiativen der „Lokalen Bündnisse“ und der „Allianz für Familie“ zielen ergänzend auf eine familienfreundlichere Gestaltung des Lebens- und Arbeitsumfelds von Familien. Der 2005 eingeführte Kinderzuschlag ist ein erster Schritt auf dem Weg, um zu verhindern, dass die Geburt von Kindern für Familien mit niedrigen Erwerbseinkommen zum Einstieg in eine Armutskarriere wird. Das Elterngeld sichert nicht nur das Einkommen von Familien im ersten Jahr nach der Geburt, sondern unterstützt auch die partnerschaftliche Aufteilung von Erwerbs- und Familienarbeit. Diese Maßnahmen tragen eine klare sozialdemokratische Handschrift. Die Familienpolitik ist auf einem guten Weg - dank des von uns angestoßenen Paradigmenwechsels. Jetzt muss der beschleunigte Ausbau der Kinderbetreuung folgen.

Deshalb setzen wir uns zum Ziel, zügig Quantität und Qualität der Angebote für Betreuung, Bildung und Erziehung zu verbessern. Das

können wir erreichen, indem wir einen Rechtsanspruch auf einen ganztägigen Betreuungsplatz für alle Kinder vom 1. Geburtstag bis zum Schuleintritt schaffen, der ab dem Jahr 2010 gilt, durch Qualifizierungsangebote sowie eine weiter verbesserte Ausbildung für Erzieher und Erzieherinnen und indem wir schrittweise die Eltern von den Beiträgen für Kindergärten bzw. Kitas befreien.

Wir schätzen die Kosten folgendermaßen: Wo ein Rechtsanspruch bereits realisiert ist, wird er von 70 % der 2-jährigen, 50 % der 1-jährigen und 5 % der unter 1-jährigen in Anspruch genommen. Die auf dieser Basis zu schaffenden Plätze kosten angelehnt an die Schätzungen des 12. Kinder- und Jugendberichts rund 3,5 Mrd. Euro. Zusätzlich berechnen wir für die neuen Bundesländer einen Aufschlag. Denn wir wollen nicht, dass ausgerechnet diejenigen Länder, die bereits in der Vergangenheit für ein gutes Angebot an Kindertageseinrichtungen gesorgt haben, leer ausgehen. Wir haben deshalb anhand des Schlüssels der Länderanteile an den Kindern unter 6 Jahren diese Mittel um einen Betrag für die neuen Länder aufgestockt. Dieser beträgt 720 Mio. Euro. Diese Mittel sollen auch im Bereich Bildung und Betreuung eingesetzt werden, beispielsweise für Beitragsentlastungen oder Qualitätsverbesserungen. Insgesamt kostet demnach die Verwirklichung des Rechtsanspruchs ab 2010 rund 4,22 Mrd. Euro jährlich. Um eine Verbesserung der Qualität zu erreichen, sind verschiedene Maßnahmen denkbar. Auch hierzu liegen uns Schätzungen zu Mehrkosten vor: rund 121 Mio. Euro für die Anhebung des Ausbildungsniveaus von Erzieherinnen und Erziehern, rund 380 Mio. Euro für eine Verbesserung des Erzieherin-/Erzieher-Kind-Schlüssels,

Weiter auf Seite 9

Paradigmenwechsel soll finanzielle Folgen haben

Weiter von Seite 8

rund 200 Mio. Euro für verbesserte Sprachförderung, 37,5 Mio. Euro für die Einführung von flächendeckenden Qualitätstrainings und 27 Mio. Euro für die Einführung von Qualitätsmanagementsystemen. Um als erste Stufe den Kitabesuch (3-6 Jahre) beitragsfrei zu stellen, fallen nach Schätzungen der Dortmunder Arbeitsstelle für Kinder- und Jugendhilfestatistik im Falle eines bedarfsdeckenden Angebots an ganztägiger Betreuung rund 1,4 Mrd. Euro an. Wir wollen, dass unsere Ziele Wirklichkeit werden. Deshalb schlagen wir eine solide Finanzierung vor. Wir wollen Mittel, die aufgrund des demographischen Wandels freiwerden, wieder in Familien investieren. Durch die rückläufigen Kinderzahlen werden Bund, Länder und Kommunen finanziell entlastet. Auch der Bund wird weniger für das Kindergeld

und die kindbezogenen Steuerfreibeträge ausgeben müssen. Im Jahr 2010 ergeben sich Einsparungen von rund 630 Mio. Euro allein durch geringere Kindergeldzahlungen. Wir halten es für gerechtfertigt, für einen überschaubaren Zeitraum auf eine geringfügige Kindergelderhöhung zu verzichten, um damit endlich beim Ausbau der dringend benötigten Kinderbetreuung voranzukommen. Deshalb wollen wir einmalig die nächste Kindergelderhöhung aussetzen, und zwar um 10 Euro monatlich. Wir wollen den geltenden Freibetrag für Betreuung, Erziehung und Ausbildung in Höhe von 2.160 Euro moderat senken, und zwar um 300 Euro. Die steuerliche Absetzbarkeit von Betreuungskosten für Kinder bis zum 14. Lebensjahr ist im Rahmen der Werbungskosten bzw. Sonderausgaben erheblich verbessert wor-

den. Wir wollen Leistungen, die sich ausschließlich auf die Förderung der Ehe konzentrieren, vorsichtig begrenzen und die dabei frei werdenden Mittel in den Bildungs- und Betreuungsbereich investieren. Deshalb wollen wir ein tariftechnisches Realsplitting einführen. Dabei bleibt es bei der gemeinsamen Veranlagung der Ehepartner. Allerdings wird das erzielte Einkommen nicht mehr gleichmäßig auf beide Partner aufgeteilt. So kann nicht mehr die Hälfte des zu versteuernden Einkommens auf den Partner/auf die Partnerin übertragen werden, sondern nur noch ein in seiner Höhe begrenzter Betrag, in diesem Fall von 15.000 Euro. Alle anderen Regelungen, wie die steuerrechtlichen Übertragungsmöglichkeiten, bleiben unverändert. Wir halten dies für gerechtfertigt, denn Familienförderung hat für uns Vorrang.

„SPD-Vorschläge greifen zu kurz“

♦ „Ich freue mich sehr, dass sich der Koalitionspartner nun auch aktiv in die von mir angestoßene Debatte um einen breiten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote einschaltet und sich die anspruchsvolleren Ziele zueigen macht. Einige Vorschläge der SPD sind diskussionswürdig, andere greifen jedoch eindeutig zu kurz. Bei der Suche nach tragfähigen Finanzierungskonzepten sollten aber auf jeden Fall die für den Ausbau der Kinderbetreuung verantwortlichen Länder von Anfang an mit eingebunden werden“, sagt Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen. Sie schlägt vor, dass sich möglichst rasch eine Sonderkonferenz der Jugend- und Familienministerinnen und -minister der Länder mit dem bedarfsgerechten Ausbau der Kinderbetreuungsangebote und einer notwendigen Qualitätsoffensive befassen soll. „Dort haben wir die große Chance, gemeinsam mit den Ländern eine Übereinkunft über kon-

krete Schritte zu erreichen, die danach in einem freiwilligen Pakt von Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam umgesetzt werden“, so von der Leyen. Um möglichst konkrete Absprachen zu erzielen, regt die Familienministerin an, dass alle Beteiligten im Vorfeld so genau wie möglich bereits vorhandene Kapazitäten, Ziele und Planungen in ihren Bundesländern ermitteln. Ihr Ministerium will in enger Abstimmung mit dem Bundesfinanzministerium Vorschläge erarbeiten, welche gemeinsamen Wege von Bund, Ländern und Kommunen es gibt, den notwendigen Ausbau zu unterstützen. „Es ist gut, dass es auch auf Seiten der SPD Zustimmung für die Idee gibt, das Geld, das aufgrund der geringeren Kinderzahl eingespart wird, den Familien zu belassen“, so von der Leyen. „Der Vorschlag, für eine Finanzierung des Ausbaus das Kindergeld für alle Eltern einzufrieren und den Kinderfreibetrag zu reduzieren, schafft neue Unge-

rechtigkeiten zwischen Familien mit unterschiedlichen Einkommen“, so die Ministerin. „Das würde nur heißen, die Eltern schulpflichtiger Kinder gegen die Eltern kleiner Kinder auszuspielen. Dabei profitiert die gesamte Gesellschaft davon, dass alle Kinder gut ins Leben starten und eine hochwertige frühkindliche Erziehung die Talente weckt, die in Ihnen stecken.“ Das SPD-Papier bleibe auch jede sachliche Begründung dafür schuldig, warum ausgerechnet jene aufgelisteten Positionen für Umschichtungen zugunsten des Ausbaus der Kinderbetreuung geeignet sein sollen. „Die von der SPD geplanten Veränderungen beim Ehegattensplitting würden dazu führen, dass Familien mit Kindern weniger Geld zur Verfügung haben. Wer Familien mit steuerrechtlichen Mitteln wirklich helfen will, muss eine Kinderkomponente im Steuerrecht einführen, die über weite Einkommensgruppen viele Kinder erreicht“, so von der Leyen.

Gesundheit – Pflege – Gender

von Mechthild Rawert, MdB

♦ Die Gesundheitsreform wird ab April 2007 stufenweise in Kraft treten. Nach monatelangem Streit haben wir ein Gesetz verabschiedet, mit dem wichtige Weichenstellungen hinsichtlich der Altersentwicklung der Bevölkerung, der sich wandelnden Arbeitswelt und auch der Teilhabe aller am medizinischen Fortschritt gesetzt werden. Die bis auf 14 Milliarden Euro anwachsende Steuerfinanzierung weist in die richtige Richtung einer solidarischen Finanzierung. Zu Recht hat der Deutsche Frauenrat moniert, dass im Gesetzentwurf weder das Prinzip des Gender Mainstreaming noch eine geschlechterdifferenzierende Gesundheits- und Krankenversorgung Berücksichtigung findet. Das Gender Mainstreaming-Prinzip ist für einige Politiker der Unionsfraktion wohl noch immer Teufelszeug. Ich werde dennoch nicht aufgeben und habe bereits angekündigt, dass ich zusammen mit der SPD-Fraktion bei der Pflegereform erneut darum kämpfen werde. Immerhin hat der Bundestag auf meine Initiative hin am 2. Februar 2007 per Entschließungsantrag die Bundesregierung dazu aufgefordert, die Gesundheitsversorgung nach geschlechts-, alters- und lebenslagenspezifischen Gesichtspunkten auszubauen. Damit wird endlich anerkannt, was inzwischen zahlreiche Studien gezeigt haben: Dass Symptome und Verlauf von Krankheiten bei Frauen und Männern unterschiedlich sind, dass beide Geschlechter unterschiedlich auf Medikamente reagieren, dass der Umgang mit Gesundheit und Krankheit nicht derselbe ist, und dass sich die verschiedenen Lebens- und Arbeitsbedingungen unterschiedlich auf die Gesundheit auswirken. Wenn diese Aspekte bei Präventionsangeboten und bei der ärztlichen Behandlung berücksichtigt werden, bedeutet das für die Pa-

tientinnen und Patienten, dass ihre gesundheitliche Versorgung besser auf ihre spezifische Lage zugeschnitten ist. Damit können unsinnige Behandlungen und nicht zuletzt auch Kosten für das Gesundheitssystem vermieden werden.

Reform der Pflegeversicherung ist frauenpolitische Herausforderung

Eines der nächsten Großprojekte ist die Reform der Pflegeversicherung. Wir werden erneut grundsätzliche Diskussionen zur Finanzierung führen müssen – naiv, wer dieses nicht glaubt. Und darüber hinaus gilt auch hier: Die gender- und frauenspezifischen Aspekte sind verstärkt zu implementieren. Frauen haben überproportional häufig mit Pflege zu tun. Erstens werden Pflegeberufe von weiblichen Arbeitskräften dominiert, deren Leistung auch angemessen bezahlt werden muss. Zweitens sind bei der Pflege von Familienangehörigen vor allem Frauen aktiv. Nach der Herausforderung, Beruf und Karriere mit der Erziehung von Kindern zu vereinbaren, folgt für Frauen in der zweiten Lebenshälfte oft noch ein weiteres Vereinbarkeitsproblem: das von Beruf und Pflege. Laut aktuellem Altenbericht der Bundesregierung sind vier von zehn Frauen zwischen 45 und 54 Jahren aus familiären Gründen nicht berufstätig, was sich zwangsläufig auf ihre Einkünfte im Alter auswirkt. Der Bericht fordert deshalb, die häusliche Pflegearbeit besser anzuerkennen, zum Beispiel sollten die sozialversicherungsrechtlichen Abgaben der Pflegenden weiter gezahlt werden, Unternehmen die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege erleichtern und bei diesem Engagement von staatlicher Seite gefördert werden. Als drittes ist zu berücksichtigen, dass es vorrangig Frauen

sind, die auf Leistungen der Pflegeversicherung angewiesen sind. Ihre Bedürfnisse sind deshalb beim Leistungsangebot auch unbedingt zu berücksichtigen. Im Koalitionsvertrag von SPD und Union sind bereits einige Verbesserungen angedacht, von denen auch die Frauen profitieren werden. Beispielsweise ist vorgesehen, die professionelle Pflege zu entbürokratisieren. Damit werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Pflegeheimen und bei ambulanten Pflegediensten von überflüssigem Verwaltungsaufwand entlastet. Außerdem soll der so genannte Pflegeurlaub im Rahmen der Familienpflege ausgeweitet werden. Angebote zur Unterstützung der häuslichen Pflege will die Koalition künftig stärker fördern. Im Vergleich mit den Forderungen der Altenberichtscommission reicht das allerdings längst nicht aus. Für die professionelle und für die familiäre Pflege gilt: Pflege kostet Geld, und die Pflegenden haben nicht nur immateriell ein billiges Dankeschön, sondern tatsächlich eine anständige finanzielle Aufwandsentschädigung verdient, um ihre Existenz zu sichern. Ich fordere deshalb die Frauenverbände auf, sich dieser Thematik intensiv zuzuwenden und ihre Forderungen zur Pflegereform aktiv einzubringen. Darüber hinaus gilt für mich: Die stationäre Pflege darf nicht gegen die ambulante ausgespielt werden, denn wir brauchen beide. Wir benötigen einen Ausbau der professionellen Hilfen mit einer guten Entlohnung für die Beschäftigten, aber auch eine Kultur des Helfens und mehr bürgerschaftliches Engagement. Weil Deutschland ein Einwanderungsland ist, müssen wir die Bedürfnisse von Frauen und Männern mit Migrationshintergrund stärker einbeziehen und unser Pflegewesen kultursensibler gestalten.

Gesundheitsreform ist Wortbruch

♦ „Eines steht bereits so gut wie fest: Die Reform wird den Erfordernissen und Erkenntnissen einer geschlechtergerechten Versorgung von PatientInnen nicht gerecht“, kommentiert der Deutsche Frauenrat (DF) die jetzt beschlossene Gesundheitsreform. Noch kurz vor Verabschiedung des Gesetzespaketes wandte sich der DF mit seiner Kritik noch einmal an die gesundheitspolitischen SprecherInnen und Fraktionsvorsitzenden des Bundestages, an die PatientInnenbeauftragte der Bundesregierung und die federführende Ministerin Ulla Schmidt. „Damit kommen Bundestag und Bundesregierung erneut der Verpflichtung, das Prinzip des Gender-Mainstreamings anzuwenden, nicht nach“, heißt es in dem Schreiben der Frauenlobby. Und weiter: „Dabei wäre die Verankerung der Berücksichtigung von geschlechts-, alters- und lebens-

lagentpezifischen Unterschieden in diesem Gesetz um so notwendiger, als die in der Gesundheitsversorgung beteiligten Akteurinnen und Akteure von sich aus nur sehr zögerlich oder gar nicht geschlechtsspezifische Unterschiede berücksichtigen und die wenigen, die dies tun, in ihrer Haltung nicht ermutigt werden.“

Der Deutsche Frauenrat fordert die Verantwortlichen dringend auf, bei weiteren Reformen im Gesundheitsbereich, vor allem bei der angekündigten Reform der Pflegeversicherung, nicht länger Wortbruch zu begehen.

Die Reform stellt eine verpasste Chance für mehr Geschlechtergerechtigkeit im Gesundheitssystem dar, so auch der Deutsche Ärztinnenbund (DÄB) und der Verband der Business and Professional Women (BPW) Germany zur Verabschiedung des GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetzes.

Geschlechtergerechte Bildung

♦ Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) plant, demnächst eine Praxishilfe für geschlechtergerechte Bildung unter dem Titel „Eine Schule für Jungen und Mädchen“ herauszugeben. „Wir könnten doch in geeigneter Weise und an geeigneten Stellen darauf hinweisen, dass nicht die so genannte Feminisierung des Lehrberufs das Problem ist, sondern die geringen Kenntnisse aus der Lehrerfort- und -ausbildung über die spezifische Mädchen- und Jungenförderung in den Bildungseinrichtungen“, meint dazu Anne Jenter vom GEW-Hauptvorstand in einem Newsletter der Gewerkschaft zur Thematik.

Kontakt via Email an anne.jenter@gew.de, mehr Info sind auch unter www.gew.de zu im Internet finden.

Elterngeld fordert flexible Personalplanung

♦ Die Deutsche Gesellschaft für Personalführung e.V. (DGFP) ist mit einer aktuellen Befragung unter ihren Mitgliedsunternehmen der Frage nachgegangen, wie Personalmanager die Auswirkungen des Elterngeldes einschätzen. An der Untersuchung haben sich 142 von 1.047 zufällig ausgewählten Unternehmen beteiligt.

Einige Ergebnisse: 57 Prozent der befragten Personalmanager rechnen damit, dass wegen der Einführung des Elterngeldes die Personalplanung flexibler werden muss, und 52 Prozent gehen davon aus, dass das Interesse an familienfreundlichen Angeboten zunehmen wird. Bemerkenswert: 80 Prozent und damit eine sehr deutliche Mehrheit der Personalmanager erwartet, dass sich das Elterngeld auf das eigene Unternehmen weder positiv noch negativ auswirken wird.

Allerdings: Nur sieben Prozent der Unternehmen nehmen die Einfüh-

rung des Elterngeldes zum Anlass, verstärkt über eine familienorientierte Personalpolitik nachzudenken, obwohl sich knapp die Hälfte (47 Prozent) bereits seit längerem intensiv mit diesem Thema beschäftigen. Ihnen fehle schlicht die Zeit, entsprechende Konzepte zu erarbeiten, geben 35 Prozent der befragten Personalmanager an.

In großen Unternehmen gibt es zahlreiche Maßnahmen, die den Wiedereinstieg ins Berufsleben nach der Elternzeit erleichtern können. Bei der Unterstützung der Kinderbetreuung, bei Weiterbildungsangeboten und bei Netzwerk- und Patenprogrammen für Eltern haben größere Unternehmen die Nase vorn.

Der Gestaltungsspielraum auch kleinerer Unternehmen ist noch nicht ausgeschöpft. So können sich 59 Prozent der Personalmanager vorstellen, künftig die Führungskräfte gezielt für die Belange von Eltern zu sensibilisieren,

54 Prozent denken über Einarbeitungsprogramme für den Wiedereinstieg nach der Elternzeit nach.

Für die Einführung und Umsetzung familienfreundlicher Maßnahmen wünschen sich 54 Prozent mehr Unterstützung durch die Führungskräfte und 47 Prozent erhoffen sich mehr Eigeninitiative der Eltern.

Insgesamt denken 85 Prozent der befragten Personalmanager, dass eine familienorientierte Personalpolitik für ihr Unternehmen in den kommenden zehn Jahren an Bedeutung gewinnen wird.

Die Studie und weitere Informationen zum Thema können bezogen werden bei der DGFP e.V., Referat Arbeitskreise, Christiane Geighardt, Telefon: 0211/59 78-113, Fax: -291 13, Email: geighardt@dgfp.de sowie Internet: www.dgfp.de/praxispapiere.

Die Stärke Europas ist seine Vielfalt

Schwerpunkte von Ministerin von der Leyen für 2007

♦ Mit einer europaweiten Konferenz zu den Themen Diskriminierung und Chancengleichheit am 30. und 31. Januar sowie dem ersten Europäischen Gleichstellungsgipfel in Berlin starteten Bundesministerin Ursula von der Leyen (CDU) und der EU-Kommissar für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Chancengleichheit, Vladimír Špidla die deutsche EU-Ratspräsidentschaft und das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“. „Die Stärke Europas liegt in seiner Vielfalt. Wir wollen dieses Jahr nutzen, um gemeinsam Chancengleichheit und Vielfalt in den Mittelpunkt zu rücken“, so die Ministerin in ihrer Ansprache. „Dabei liegen mir vier Gruppen besonders am Herzen: die Älteren, die Jugendlichen, die Zugewanderten und die jungen Frauen.“

In den nächsten 25 Jahren wird die EU-Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um mehr als 20 Millionen schrumpfen. „Daher brauchen wir dringend ein neues Bild des Alters, das Teilhabe und Mitverantwortung älterer Menschen ebenso umfasst wie die Wirtschafts- und Innovationskraft des Alters im Zeichen lebenslangen Lernens“, erläuterte von der Leyen. Kinder und Jugendliche stünden für die künftige soziale und wirtschaftliche Leistungsfähigkeit Europas. „Für sie bedeutet Chancengleichheit vor allem der Zugang zu Bildung, auch für die, die dafür eine zweite Chance benötigen“, betonte die Ministerin. Europa könne von vielfältigen Kompetenzen seiner Migrantinnen und Migranten profitieren. „Chancengleichheit für diese Gruppe erreichen wir nur über eine ausreichende Sprachförderung möglichst von Kindesbeinen an sowie ein entschiedenes Engagement gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“, erklärte von der Leyen.

„Mehr Frauen in Führungspositionen, eine aktive Förderung selbständiger Frauen, das Überwinden des fortbestehenden Entgeltunterschiedes sowie eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie sind wichtige Meilensteine auf dem Weg zu einer echten Chancengleichheit von Männern und Frauen“, meint die CDU-Politikerin.

Das „Europäische Jahr der Chancengleichheit für alle 2007“ soll neue Impulse geben, Potenziale und Kompetenzen in Menschen zu entwickeln, die bisher weniger Chancen dazu hatten. Die meisten Aktivitäten rund um die vier Schlüsselthemen des Jahres Rechte, Vertretung, Anerkennung und Achtung finden auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene statt. Dazu gehören Konferenzen und Veranstaltungen, die fortlaufende Bewertung der Aktivitäten auf europäischer und nationaler Ebene sowie eine Reihe von Erhebungen und Studien, die 2007 veröffentlicht und in die Debatten auf europäischer und nationaler Ebene einbezogen werden sollen.

Ziele des Ministeriums

Unter dem Leitgedanken „den demografischen Wandel als Chance begreifen und Chancengleichheit für alle in Beruf und Gesellschaft fördern“ widmet sich das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft 2007 den Schwerpunkten:

- ➔ Familien stärken: Mehr Kinder in die Familie und mehr Familie in die Gesellschaft
- ➔ Chancengleichheit für Frauen und Männer in der Erwerbs- und Familienarbeit fördern
- ➔ Erfahrung ist Zukunft: Chancen erkennen - Erfahrungswissen nutzen - Märkte erschließen
- ➔ Gleiche Chancen und gesellschaftliche Beteiligung für alle

Kinder und Jugendlichen anstreben

Zentrales Vorhaben im Rahmen der Familienpolitik ist die Initiierung einer „Europäischen Allianz für Familien“.

Kritik der Verbände

Die politischen Akzente, die Bundesministerin von der Leyen in diesem Jahr setzen will, fanden bei Frauenpolitikerinnen wenig Gegenliebe. „Leider ist aus unserer Sicht bis zum heutigen Zeitpunkt eine erhoffte umfassende Beförderung der Frauen- und Gleichstellungspolitik nicht erkennbar“, urteilte zum Beispiel der Frauenpolitische Rat Land Brandenburg e.V. Ende Januar. Die Kolleginnen des LandesFrauenRates Berlin in Potsdam fordern vor diesem Hintergrund dazu auf, „weiterhin alle Kräfte zu bündeln, um die nach wie vor bestehenden Benachteiligungen von Frauen in allen Ebenen der Gesellschaft abzubauen“.

Weitere Informationen über Schwerpunkte und Veranstaltungen des Bundesfamilienministeriums im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft sind unter www.bmfsfj.de/eu, Informationen zu Inhalten und Veranstaltungen des „Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007“ unter www.ec.europa.eu im Internet zu finden.

EU-Institut in Vilnius

♦ Das EU-Institut für Gleichstellungsfragen soll im litauischen Vilnius sitzen. Das entschieden die Sozialminister der 25 EU-Staaten. Das Institut soll seine Arbeit im Laufe des Jahres 2007 aufnehmen. Neben Litauen hatten sich die Slowakei und Slowenien für den Sitz beworben.

Weniger Frauen in Österreichs Chefetagen

♦ In Österreichs Chefetagen sitzen aktuell weniger Frauen als noch vor zwei Jahren: 48 Prozent der börsennotierten und umsatzstärksten Unternehmen werden derzeit von Männern geführt, 2004 waren es noch 39 Prozent. Dies geht aus der Befragung des European Women's Management Development (EWMD) International Network von 207 österreichischen Unternehmen hervor. Nur zehn Prozent der Betriebe haben da-

nach derzeit Frauen in leitenden Positionen. Bei einer ähnlichen Befragung vor zwei Jahren lag der Anteil noch bei 11 Prozent. In den Führungsetagen der PR-Branche hätten beispielsweise weiterhin fast ausschließlich Männer das Sagen, während der Frauenanteil in der PR-Ausbildung seit langem bei 80 Prozent liege, so der EWMD. Inzwischen sind in Österreich 52 Prozent aller Universitätsabsolventen weiblich.

Mehr Gleichberechtigung – mehr Wachstum

♦ Die Gleichberechtigung von Frauen und Männern erhöht das Wirtschaftswachstum, verringert die Schulden und verbessert die Bildung. Das geht aus einer Studie des Internationalen Währungsfonds hervor, nach der die gesellschaftliche Stellung der Frau Auswirkungen auf die Finanz-, Geld- und Wachstumspolitik eines Landes hat. So könne ein Anstieg des Bildungsniveaus der Frauen um zehn Prozent das Bruttoinlandsprodukt um vier Prozent pro Kopf

erhöhen. Für Männer gilt dies allerdings nicht. Begründet wird dies mit Verhaltensunterschieden der Geschlechter: Einen zusätzlichen Euro investiert die Frau lieber in Schulbücher für die Kinder, der Mann dagegen eher in eigenen privaten Konsum. Frauen sparen mehr als Männer bei geringerem Risiko. Das ausgeprägte weibliche Sicherheitsbedürfnis sorgt zudem für ein höheres Niveau der sozialen Absicherung. Mehr Infos unter www.imf.org im Internet.

Unternehmen fest in Männerhand

♦ Aufsichtsräte und Vorstände sind in Deutschland nach wie vor fest in Männerhand. Zu diesem Ergebnis kommt das DIW Berlin in seinem Wochenbericht 7/2007: Im Aufsichtsrat der 200 größten Unternehmen in Deutschland sind Frauen nur zu knapp 8 Prozent vertreten. Davon sind über die Hälfte durch Mitbestimmungsregelungen dorthin gelangt. Der Anteil der Unternehmen ohne eine Frau im Aufsichtsrat liegt bei über einem Drittel, am geringsten ist er bei den größten Unternehmen. Bei den Vorstandsposten sind Frauen noch schwächer vertreten: So ist in den 100 größten Unternehmen nur eine Frau im Vorstand. Bei den Top 200 sind nur elf Frauen im Vorstand, was einem Anteil von gut einem Prozent entspricht. Zum Vergleich: Unter den europäi-

schen Ländern führt Norwegen mit einem Frauenanteil von knapp einem Drittel in den Entscheidungsgremien der 50 größten börsennotierten Unternehmen. Über dem Durchschnitt liegen auch die anderen skandinavischen Länder und die osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten, während sich Deutschland mit 11 Prozent im Mittelfeld befindet. Beim Anteil von Frauen in den breiter definierten Managementpositionen steht Deutschland nach Angaben der Europäischen Kommission mit rund einem Viertel am unteren Ende der Länderrangfolge. Selbst Länder mit relativ geringer Erwerbsbeteiligung der Frauen wie Spanien und Italien weisen hier mit jeweils knapp einem Drittel deutlich höhere Frauenanteile als Deutschland auf.

Frauenquote in Frankreich

♦ Das französische Kabinett hat eine Frauenquote beschlossen. Danach soll in Regionen und Städten mit mehr als 3.500 Einwohnern künftig die Hälfte aller politischen Führungspositionen mit Frauen besetzt werden. Die Stellvertreterposten sollen jeweils mit dem anderen Geschlecht besetzt werden.

Unter Mittelwert

♦ Das Internetportal „Monster“ hat gemeinsam mit einer Schweizer Fachhochschule einen Gehaltstest durchgeführt. Danach verdienen deutsche Frauen bei gleicher Qualifikation nach wie vor gut 23 Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen. Damit überschreitet Deutschland den europäischen Mittelwert, der 2004 bei 15 Prozent lag. Und: Je höher die berufliche Position, desto weiter klappt in Deutschland die Gehaltschere zwischen Frauen und Männern auseinander.

Genderspezifische Studie zur Selbstständigkeit

♦ Der selbstständige Haupterwerb ist in Westeuropa männlich dominiert. Frauen sind dagegen vor allem im teilzeitlichen Zuerwerb selbstständig. So das Ergebnis der Studie „Genderspezifische Aspekte in der Existenzgründung und Selbstständigkeit“. Zwischen 1996 und 2004 ist in zehn von 15 Ländern, unter anderem in Deutschland, der Frauenanteil bei den Selbstständigen im Haupterwerb um durchschnittlich zwei Prozentpunkte gestiegen. Fast die Hälfte aller hauptberuflich selbstständigen Frauen in Deutschland beschäftigt Angestellte. Das Autorenteam vermutet, dass sich die Muster der Selbstständigkeit „nicht allein auf die Problematik der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zurückführen lassen“. Auch unterschiedliche „Kulturen der Selbstständigkeit und Existenzgründung“ spielten eine Rolle.

Gedanken zum Internationalen Frauentag

von Juliane von Friesen

♦ Der Internationale Frauentag am 8. März steht vor der Tür und das sollte eigentlich ein Anlass zum Jubeln sein. Versuchen will ich es zumindest!

Im Frauenmuseum in Bonn werden unter dem Titel „Mit Macht zur Wahl“ in einer Ausstellung 100 Jahre Frauenwahlrecht in Europa gefeiert. Das ist erfreulich, auch wenn hier dokumentiert wird, dass der Kampf der Frauenrechtlerinnen um das Wahlrecht keineswegs in allen 22 europäischen Ländern bereits in der ersten Dekade des letzten Jahrhunderts von Erfolg gekrönt war. Die Schweiz hat nicht einmal seit 50 Jahren in allen Kantonen das Frauenwahlrecht. Aber ich wollte ja nicht meckern! Außerdem haben wir in Deutschland ja seit 2005 eine Kanzlerin. Das ist doch immerhin ein Zeichen des Erfolgs zäher feministischer Kraftanstrengungen, auch wenn Angela Merkel das sicher so nicht sieht. Und in Frankreich, das trotz Marianne und der Jungfrau von Orleans noch mehr maskulin dominiert zu sein scheint, greift Ségolène Royal nach der Präsident-

schaft. Sogar die stolzen Spanier überlegen, ob eventuell in der übernächsten Generation eine Frau für die Thronfolge infrage kommen könnte, selbst wenn es da jüngere Brüder gäbe.

Und man kann es kaum glauben, aber Frauen können tatsächlich kochen und werden dafür mit Sternen dekoriert oder zumindest häufig in TV-Kochshows gezeigt, wie Sarah Wiener (A), Johanna Maier (A), Lydia Egloff (F), Lea Linster (L) und Cornelia Poletto (D). Und das obwohl einschlägige Journale noch vor wenigen Jahren schrieben, Frauen würden in der Spitzengastronomie keine Rolle spielen. Dass Frauen jedenfalls perfekt an die Spitze der Spitzenhotellerie passen, beweisen Hoteldirektorinnen wie zum Beispiel Tini Gräfin Rothkirch (Dorint am Gendarmenmarkt), Gundi Katzenmaier (Hilton) und Uta Felgner (Schlosshotel im Grunewald) in Berlin und um die Topfrau dieser Spezies auf internationalem Parkett zu nennen: Susanne Hatje, die das Mandarin Oriental-Hotel in Hongkong managt.

Und erst die Medien und die Kultur: Der RBB hat Dagmar Reim als Spitzenfrau und auch der WDR wird demnächst eine Intendantin bekommen. Intendantin der Berliner Philharmoniker ist seit gut einem Jahr Pamela Rosenberg und die erfolgreichsten Talkshows im deutschen Fernsehen sind ohnehin fest in Frauenhand. Erstaunlicher ist da schon, dass sich der Arbeitgeberverband Gesamtmetall, ein echtes Herrenbiotop, mit Heike Kunstmann eine Geschäftsführerin leistet.

Eine Nachwuchsspitzenunternehmerin ist zum Beispiel Nina Öger, die das von ihrem Vater gegründete große Tourismusunternehmen höchst erfolgreich leitet, seit dieser sich lieber im Europaparlament politisch betätigt. Und die letzte gute Nachricht: Die 1636 gegründete Eliteuniversität Harvard wird ab 1. Juli von Drew Gilpin Faust als erster Präsidentin geführt. Also, es geht doch, das Nichtmeckern!

Aber ob Ina Deter mit ihrem „Frauen kommen langsam, aber gewaltig“ wirklich absolut recht hat???

FES-Tagung „100 Jahre internationale Frauenbewegung“

♦ Am 17. August 1907 versammelten sich 58 weibliche Delegierte aus Europa und Übersee zur ersten Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz in Stuttgart. Damals wurde die Einrichtung eines Internationalen Frauensekretariats in Deutschland beschlossen. Den Vorsitz übernahm die deutsche Frauenrechtlerin und Sozialistin Clara Zetkin. Der 100. Jahrestag der Sozialistischen Fraueninternationale ist am Internationalen Frauentag, der auf Clara Zetkin zurückgeht, Anlass, auf die Erfahrungen der ersten Frauenkämpferinnen zurückzublicken, die heutige Situation der Frauenbewegung zu betrachten und zu

debattieren, welche Ziele die Frauenbewegung im 21. Jahrhundert verfolgen muss. Denn auch heute, knapp 90 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts in Deutschland, ist Chancengleichheit kein erledigtes Thema. In den politischen Entscheidungsgremien sind Frauen weltweit weiterhin unterrepräsentiert. Die ungleichen Chancen von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die ungleiche Bezahlung für gleichwertige Arbeit und die Befürchtung, die demographische Entwicklung könne zu Einschnitten bei der Frauenförderung zugunsten einer verstärkten Familienförderung führen, hat den gleichstellungspolitischen Dis-

kurs wiederbelebt - „100 Jahre internationale Frauenbewegung: gestern, heute und morgen“ ist die Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) am Internationalen Frauentag überschrieben.

Auftakt ist um 16.30 Uhr die Begrüßung durch die FES-Vorsitzende Anke Fuchs. Zu Wort kommen unter anderem die SPD-Europaabgeordnete und Vizepräsidentin der Sozialistischen Fraueninternationale, Lissy Gröner, die frühere Bundesfrauenministerin Dr. Christine Bergmann sowie die AsF-Bundesvorsitzende und stellvertretende SPD-Vorsitzende Elke Ferner, MdB. Mehr Infos unter www.fes.de im Internet.



Bei Clara Zetkin in Birkenwerder

Die Erfinderin des Frauentags wird 150 Jahre alt

♦ Männer, die ihren Kolleginnen Blumen schenken, Frauen, die sturzbetrunken nach Hause wandern – das hätte der programmatischen Clara Zetkin (1857-1933) wohl kaum gefallen. Einst schlug sie bei der 2. Internationalen Sozialistischen Frauenkonferenz 1910 in Kopenhagen die Einrichtung eines Frauentages vor – die DDR-BürgerInnen begingen ihn später mit ausgelassenen Betriebsfeten, in Westdeutschland waren in den Hochzeiten der Frauenbewegung Demos angesetzt. In diesem Jahr wäre die Erfinderin des Frauentages 150 Jahre alt geworden. Der Tag der Vereinten Nationen für die Rechte der Frau und den Weltfrieden, kurz: der Internationale Frauentag am 8. März, geht indes auf seinen 100. Geburtstag zu. Erstmals wurde er am 19. März 1911 begangen, und das aus gutem Grund: Der Kampf um das Frauenwahlrecht war das erklärte Ziel der Frauenbewegung um 1900. Mit der erstrittenen Vereinsfreiheit für Frauen 1908 konnten sie zwar erstmals Parteien beitreten, wenn sie auch noch nicht wählen durften. Für den weiteren Kampf wurde der Internationale Frauentag zum Kristallisationspunkt. Das Datum 19. März sollte den revolutionären Charakter unterstreichen – der 18. März war der Gedenktag für die Revolution 1848. Die Festlegung auf den 8. März erfolgte dann 1921. Je nach Quelle werden eine Arbeiterinnen-demonstration in St. Petersburg während der russischen Revolution 1917 oder die brutale Niederschlagung einer Demonstration New Yorker Textilarbeiterinnen im Jahr 1857 zur Erklärung dafür herangezogen.

Am ersten Frauentag beteiligten sich Millionen von Frauen in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA. Zentrale Forderungen waren außer dem Wahl- und Stimmrecht unter

anderem Arbeitsschutzgesetz, ein ausreichender Mutter- und Kinderschutz, der Achtstundentag, Mindestlöhne und gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Zum Frauentag 1913 legte Zetkin in der von ihr gegründeten Zeitschrift „Die Gleichheit“ einmal mehr die theoretische Position der Sozialdemokratie dar, der zufolge die Frauenfrage nur zusammen mit der Arbeiterfrage gelöst werden könne. Als sie 1917 die USPD mit gründet, wird ihr die Herausgabe der Zeitschrift entzogen. Nach der nun möglichen Wahl in den Reichstag hält sie als erste Abgeordnete der KPD dort eine Rede und leitet ab 1921 die Zeitschrift „Die kommunistische Fraueninternationale“. Als Alterspräsidentin des Reichstags 1932 spricht sie über den Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und plädiert für eine Einheitsfront gegen den drohenden Faschismus.

Am 5. Juli 1857 wurde Clara Zetkin geboren. Zwei Jahre ihres Lebens hat sie im oberhavelländischen Birkenwerder gelebt. Das war 1957 Anlass genug für die DDR, in ihrem ehemaligen Wohnhaus in der Summter Straße 4 eine Gedenkstätte einzurichten – die heute noch museale Räume beherbergt, die mit Zetkin-Möbeln eingerichtet und Dokumenten gestaltet sind. So heißt es in diesem Jahr: 150 Jahre Clara Zetkin, 50 Jahre Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Birkenwerder. Auftakt für das Jubiläumsjahr ist am Sonntag, dem 11. März, um 14 Uhr mit einem Beitrag zu der Sozialdemokratin und Frauenrechtlerin Emma Ihrer, die in diesem Jahr ebenfalls 150 Jahre alt geworden wäre. Unter dem Motto „Sie lebte ein Stück der Zukunft voraus - Emma Ihrer feiert ihren 150. Geburtstag bei Clara Zetkin in Birkenwerder“ wird der Weggefährtin gedacht, die sich ebenso mutig wie tatkräftig für die Gleichberechtigung der Frauen

eingesetzt hat. Zu Unrecht gerieten der Einsatz Emma Ihrer gegen das Politikverbot für Frauen und ihr außergewöhnliches Privatleben in Vergessenheit, meint der Förderverein der Clara-Zetkin-Gedenkstätte e.V. Die Sozialwissenschaftlerin Claudia von Gélieu von „Frauentouren“ wird aus dem Leben dieser Frau berichten. Am Veranstaltungstag ist das Museum ab 11 Uhr geöffnet.

Im Jubiläumsjahr will sich der Förderverein noch intensiver einer kritischen Würdigung der Person und des Hauses annehmen. Am 24. Juni sollen die Geburtstagsfeierlichkeiten mit der Präsentation einer neuen Publikation zu Clara Zetkin eingeleitet werden. Die Französin Florence Hervé wird ihr Buch, aber auch den französischen Zugang zu Zetkin vorstellen. Dann wird am 7. und 8. Juli rund um die Gedenkstätte gefeiert. Mit Performance, Liedern, Film, Lesung und Märchencafé sollen Gäste aus fern und nah ins Zetkin-Haus gelockt werden und sich jenseits von ideologischen Auseinandersetzungen schlicht vergnügen. Für den Herbst ist noch einmal eine ernstere Veranstaltung geplant. Eingeladen ist Dr. Tania Puschnerat, die eine neue Biografie über Clara Zetkin geschrieben hat und mit ihrem Ansatz zu ganz anderen Erkenntnissen über die Politikerin kommt. Darüber hinaus sind weitere Veranstaltungen geplant. Ganz den Arbeitsschwerpunkten des Fördervereins entsprechend werden mehrere interessante Frauengestalten vorgestellt, aber auch die Ortsgeschichte von Birkenwerder wieder zum Thema gemacht.

Mehr Infos zur historischen Frauenbewegung und Clara Zetkin unter www.dhm.de/lemo sowie www.clara-zetkin.de im Internet, zur Gedenkstätte unter 03303/50 29 20 (Manuela Dörnenburg).

Gewalt gegen Migrantinnen

♦ Wie lassen sich Migrantinnen erreichen und welche Hilfsstruktur braucht diese Zielgruppe? Mit dieser Fragestellung stellt Terre des femmes die Situation von Migrantinnen mit häuslichen Gewalterfahrungen am Internationalen Frauentag in den Mittelpunkt. Das Fachgespräch „Häusliche Gewalt bei Migrantinnen“ findet mit der Bundesintegrationsbeauftragten Prof. Dr. Maria Böhmer am 8. März im Bundespresseamt in Berlin statt.

Zum Hintergrund: Trotz hoher Inanspruchnahme der Frauenhäuser, Beratungsstellen und Zufluchtsstätten von Migrantinnen ist diese Form der Unterstützung für ihre Situation nicht angemessen genug gestaltet. Für die betroffenen Migrantinnen sind Multiproblemlagen kennzeichnend, denn neuere Studien zeigen unterschiedliche Belastungen und Benachteiligungen auf. Welche Möglichkeiten und Best Practice-Beispiele gibt es, wenn Frauen einen unsicheren Aufenthaltsstatus oder mangelnde Sprachkenntnisse aufweisen? Wie sieht es mit Bildungsabschlüssen und somit der Zukunft dieser Frauen aus? Welche Mittel existieren, wenn auf ihre besonderen Probleme und kulturellen Mannigfaltigkeiten Rücksicht genommen werden muss?

ExpertInnen aus der Praxis, aus Wissenschaft und Politik werden über die neuesten Studien und Erkenntnisse zu häuslicher Gewalt gegen Migrantinnen berichten. Diese Diskussion soll die Überwindung der Multiproblemlage der Migrantinnen ins Zentrum rücken und einen Beitrag zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation leisten. Das Fachgespräch beginnt um 9.30 Uhr, voraussichtliches Ende ist um 18 Uhr. Am Eingang des Bundespresseamtes muss der Personalausweis vorgelegt werden.

Mehr Infos unter www.frauenrechte.de im Internet.

Frauen-Gedenk-Labyrinth

♦ Der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFOB) Diözesanverband Berlin möchte am 8. März gemeinsam mit dem Bund katholischer deutscher Akademikerinnen eine bundesweite Auftakt- und Bildungsveranstaltung für das Frauen-Gedenk-Labyrinth durchführen, das als Wanderausstellung von Frankfurt/Main aus durch die Europa reist und im Jahr 2008 nach Berlin kommen wird.

Das Labyrinth ist ein repräsentatives Kunstwerk mit 30 Metern Durchmesser. Auf 1.000 flachen Steinen sind in Gold die Namen von bedeutenden, aber oft vergessenen Frauen eingraviert. Nachts wird das Kunstwerk von hunderten von Lichtern erleuchtet sein, wodurch eine ganz besondere Atmosphäre entsteht. Außerdem ist ein Begleitprogramm um das Labyrinth geplant.

Bei der Veranstaltung, die von 18 bis 22 Uhr stattfinden soll, wird bei-

spielhaft Hedwig Dransfeld vorgestellt, die ebenfalls mit einem Gedenkstein im Labyrinth geehrt werden soll. Die langjährige KDFOB-Präsidentin Hedwig Dransfeld (1871-1925) war nach ihrer Teilnahme an der Nationalversammlung in Weimar als Zentrumsabgeordnete und einzige Frau im Präsidium des Zentrums bis zu ihrem Tod im Berliner Reichstag tätig und hat sich mit Nachdruck für die sozial Schwachen eingesetzt, vor allem für uneheliche Soldatenwaisen und ihre Mütter sowie für die so genannten Kleinrentnerinnen, oft Töchter aus gutem Hause, denen durch die Inflation ihre Existenzgrundlage entzogen wurde. 1923 unternahm sie zusammen mit Helene Weber eine Reise nach Amerika, um für die in Deutschland hungernden Kinder und alte Menschen Geld zu sammeln, obgleich ihr das als Mehrfachbehinderter nicht leicht viel.

Brandenburgische Frauenwoche

♦ Mit einer Fachtagung hat der Frauenpolitische Rat am 1. März die 17. Brandenburgische Frauenwoche eröffnet. „Macht Chancen gleich!“ lautet das diesjährige Motto, das die Anliegen des Europäischen Jahres der Chancengleichheit für alle 2007 aufgreift. So setzte sich die Eröffnungstagung, veranstaltet in bewährter Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, mit den Themen Vielfalt, Chancengerechtigkeit und Diskriminierung auseinander. Im Rahmen der Frauenwoche finden landesweit zahlreiche Diskussionen, Ausstellungen, Filmvorführungen, Lesungen, Kreativbörsen, Gesprächsrunden, Mädchenpartys und Frauentagsfeiern statt. Dazu gehört zum Beispiel die Tagung „Ausbildung für junge Mütter“ am 16. März in der Zeit von 10 Uhr bis 13.30 Uhr im Technologie- und Gründerzentrum TGZ Wildau, die der SHIA-Landesverband Brandenburg veranstal-

tet. Die Tagung wird die Ergebnisse und Erfahrungen von Ausbildungsprojekten für junge Mütter vorstellen und will weitere Träger anregen, spezielle Ausbildungsprojekte für junge Mütter zu initiieren (Kontakt und Anmeldung: SHIA-LV Brandenburg, Telefon 03375/29 47 52). Zur Podiumsdiskussion mit ihren Landtagsabgeordneten laden die Cottbuserinnen am 12. März in die Lila Villa ein (Anmeldung unter 0355/47 39 55), eine Gesprächsrunde zum Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz steht unter dem Motto „Neue Chancen oder alte Hüte?“ am 14. März um 19 Uhr im Schwarzen Theater der Kulturfabrik am Domplatz Fürstenwalde auf dem Programm und munter wird es, wenn „Miss Amerika“ Gayle Tufts am 16. März um 19.30 Uhr in der Stadtbibliothek Ludwigsfelde gastiert (Karten: 03378/82 72 22). Mehr Infos unter www.frauenrat-brandenburg.de im Internet.

Frauenmärz in den Bezirken

♦ Die Berliner Bezirke laden rund um den Frauentag traditionell zu einem ganzen Veranstaltungsreigen ein:

„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen, ohne Männer keine Familienpolitik“ ist der diesjährige Frauenfrühling in *Charlottenburg-Wilmersdorf* überschrieben. Die Themen „Frauen – Freiheit – Religionen“ von 2006 haben die Veranstalterinnen vom FrauenForum im neuen Programm weitergeführt. Am Frauentag sind die Preisverleihung „Frauen in Verantwortung“ und ein interkulturelles Fest im Rathaus Charlottenburg der Höhepunkt (Beginn: 18.30 Uhr). Am 10. März lädt Bezirksbürgermeisterin Monika Thiemen zu einem Kiezspaziergang zum Lebensraum und Wirkungsbereich von starken Frauen ein, der um 14 Uhr vor dem UCW in der Sigmaringer Straße 1 startet. Mit einer Fraueninfobörse startet die

Veranstaltung zu Ehren der Frauen am Mittwoch, dem 14. März, um 14.30 Uhr im Rathaus Köpenick, Alt-Köpenick 21. Um 15 Uhr vergibt Bezirksbürgermeisterin Gabi Schöttler den Mädchenpreis 2007 an engagierte Mädchen in *Treptow-Köpenick*. Der Arbeitsmarktpolitik für Frauen widmen sich die Informationswochen vom 8. bis 16. März in *Friedrichshain-Kreuzberg*. Das Frauennetzwerk *Lichtenberg-Hohenschönhausen* lädt am 8. März ins „Haus der Frauen“ im Nachbarschaftshaus Am Berl 8-10 ein, der Arbeitskreis Pankower Frauenprojekte feiert ab 18.30 Uhr im Freizeithaus Weißensee in der Pistoriusstraße und „Mädchen und Frauen aus aller Welt in *Steglitz-Zehlendorf*“ heißt es von 17 bis 21 Uhr im Rathaus Zehlendorf. Mehr Details zum Veranstaltungsprogramm sind auf den Bezirksseiten unter www.berlin.de im Internet zu finden.

Frauenpreis für Ilse-Maria Dorfstecher

♦ Senator Harald Wolf verleiht am Vorabend des 8. März den diesjährigen Berliner Frauenpreis an Ilse-Maria Dorfstecher. Seit 1988 werden mit dieser Auszeichnung Frauen geehrt, die sich mit besonderem Engagement für Frauen und für die Gleichberechtigung der Geschlechter einsetzen. Die Kulturwissenschaftlerin Ilse-Maria Dorfstecher erhält den Frauenpreis 2007 für ihr langjähriges intensives Engagement bei der Förderung von Künstlerinnen. „Künstlerisch tätige Frauen finden bei Ilse-Maria Dorfstecher stets ein offenes Ohr. Sie ebnet Wege, vermittelt Kontakte und weckt mit ihren Aktivitäten das nötige öffentliche Interesse. Mit Frau Dorfstecher haben wir eine würdige Trägerin des Frauenpreises 2007 gewählt“, betont Harald Wolf. Nach ihrem Studium der Theaterwissenschaften und Germanistik an der Humboldt Universität arbeitete die Preisträgerin als Rund-

funk-Regisseurin, war freischaffende Autorin für Kunst-, Theater- und Literatúrausstellungen und leitete später das Plakatarchiv des Verbandes Bildender Künstler der DDR. Seit 1994 leitet sie ehrenamtlich die Inselgalerie. Mit Ausstellungen internationaler Künstlerinnen, Lesungen, Diskussionen und Workshops wurde die Galerie zu einem bedeutenden Zentrum der Begegnung vor allem von Künstlerinnen. Ilse-Maria Dorfstecher entdeckt schon fast vergessene Künstlerinnen, organisiert Retrospektiven, vernetzt junge und alte Künstlerinnen aus Ost und West und engagiert sich in Künstlerinnenvereinigungen wie Xanthippe e.V. oder der Europäischen Akademie der Künste von Frauen (EFAK e.V.). Auch im Rahmen ihrer Verbandstätigkeiten setzt sich die jetzt Ausgezeichnete für eine grundsätzliche Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen ein.

Frauenball

♦ Beim Frauenball zum Internationalen Frauentag geht es im Gleichschritt ins Jahr der Chancengleichheit. Am 8. März ist der Saalbau Neukölln, Karl-Marx-Straße 141, Gastgeber für die Tanzenden. Der Eintritt kostet 13 Euro, Einlass ist ab 18.30 Uhr.

Vortrag

♦ „Die Frauen haben sich gewandelt - wo bleiben die Männer?“ ist der Vortrag von Carola von Braun am 21. März überschrieben. Sie referiert in der Zeit von 19 bis 21 Uhr im D3-Mädchentreff in der Düsseldorfer Straße 3.

Nacht der Frauen

♦ Anlässlich des Frauentages findet am Samstag, dem 10. März wieder eine „Lange Nacht der Frauen“ statt. Daran beteiligen sich zahlreiche Frauenzentren wie zum Beispiel die Kreuzberger Schokofabrik und andere für Nachtschwärmerinnen interessante Orte. Wer, was und wie ist unter www.frauenfruehling.de zu finden.

Fachtagung

♦ „Die eingetragene Genossenschaft – eine Unternehmensform für Existenzgründerinnen?“ ist eine Fachtagung der WeiberWirtschaft im Auftrag der bundesweiten gründerinnenagentur (bga) am 12. März. Die Veranstaltung richtet sich an MultiplikatorInnen und BeraterInnen, ist aber auch für angehende Unternehmerinnen gedacht, die über eine Genossenschaftsgründung nachdenken. Seit der Novelle des Genossenschaftsgesetzes ist die traditionelle Rechtsform der eingetragenen Genossenschaft (eG) auch für kleine Teamgründungen und Unternehmenskooperationen sowie für Unternehmensnachfolgen durch wenige Betriebsangehörige interessant. Mehr Infos zum Thema und zur Tagung ist unter www.weiberwirtschaft.de zu finden.

180.000 Unterschriften übergeben

Abschluss der DF-Kampagne „Abpiff“ gegen Zwangsprostitution

♦ Vertreterinnen des Kampagne-Netzwerkes „Abpiff – Schluss mit Zwangsprostitution“ haben Mitte Januar Bundestagsvizepräsidentin Susanne Kastner, stellvertretend für das Bundestagspräsidium, insgesamt 180.000 Unterschriften überreicht, die während der Fußball-Weltmeisterschaft 2006 gesammelt wurden. Die bundesweite Kampagne nutzte das internationale Großereignis, um die öffentliche Aufmerksamkeit auf das Thema Menschenhandel und Zwangsprostitution zu lenken. Ihre Forderungen an Bundesregierung und Bundesländer wurden von zahlreichen Einheimischen und Gästen aus aller Welt unterstützt. Darüber hinaus fand sie international ein breites Echo. Die Kampagne war vom Deutschen Frauenrat (DF) initiiert und koordiniert worden. Eine Allianz von 16 katholischen Frauenverbänden unterstützte die wesentlichen politischen Forderungen dieser Kampagne mit 100.000 Unterschriften.

Die DF-Vorsitzende Brunhilde Raiser umriss bei der Unterschriften-

übergabe noch einmal die gemeinsamen zentralen Forderungen. Besonders wichtig bei der Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der sexuellen Ausbeutung seien gezielte Wirtschaftshilfen für die Herkunftsländer, um die eigenständige Existenzsicherung von Frauen zu gewährleisten. „Dieses Vergabekriterium muss mit an oberster Stelle stehen, denn wenn Frauen keine reale Chance haben, in ihrem Land den Lebensunterhalt für sich und ihre Familie angemessen zu sichern, neigen sie natürlich eher dazu, den Versprechungen von Menschenhändlern zu glauben, die ihnen einen lukrativen Job im Hotel oder anderswo in Aussicht stellen, sie aber dann in die Prostitution vermitteln“, sagte die Vorsitzende der Frauenlobby.

Zwar sei während der Fußball-WM kein Anstieg von Zwangsprostitution feststellbar gewesen, „doch darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass weiterhin tausende von Frauen auch in Deutschland Opfer von Menschenhandel werden“, so Heike Rudat, Vorstands-

frau beim Bund Deutscher Kriminalbeamter (BDK). Der Staat sei verpflichtet, gegen diese gravierende Menschenrechtsverletzung alle notwendigen Maßnahmen einzuleiten. „Doch immer noch fehlen in vielen Bundesländern bei der Polizei Spezialdienststellen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der BDK fordert die Innenminister der Länder daher auf, diese unverzüglich einzurichten, wenn die oft geäußerte Solidarität zur Fußball-WM 2006 seitens der Politik nicht nur Lippenbekenntnis bleiben soll“, so Rudat.

„Die aufenthaltsrechtliche Situation für die Betroffenen des Menschenhandels haben sich immer noch nicht ausreichend verbessert“, kritisierte Naile Tanis, Geschäftsführerin des Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess (KOK). Dabei habe die Bundesregierung die Verpflichtung, die so genannte EU-Opferschutzrichtlinie umzusetzen. Inzwischen ist sogar die Umsetzungsfrist am 6. August 2006 abgelaufen.

Vorreiterrolle ausbauen

♦ Die Wahlfreiheit der Erziehenden für die Betreuung außer Haus oder zu Hause hängt von einem bedarfsgerechten Angebot ab, weiß der Landesfrauenrat Sachsen. Der Freistaat verfüge zwar über mehr als die gewünschten 30 Prozent Krippenplätze, aber das Kita-Angebot decke die Nachfrage besonders in den Großstädten noch nicht. „Deshalb ist ein weiterer bedarfsgerechter Ausbau der Betreuungsplätze auch in Sachsen notwendig. Dabei muss die Qualität der Betreuung als hochwertiges Bildungsangebot Maßstab sein“, so die Kolleginnen aus Sachsen. Bei der Finanzierung der Betreuung der Kinder von 0 bis 10 Jahren sei die Politik gefordert.

DJB: Ehrennadel für Peschel-Gutzeit

♦ Der Deutsche Juristinnenbund (DJB) verlieh am 21. Februar an die ehemalige Justizsenatorin von Berlin und Hamburg Rechtsanwältin Dr. Lore Maria Peschel-Gutzeit die Ehrennadel mit Brillanten. Die Auszeichnung erfolgte in Anerkennung ihrer 50-jährigen Mitgliedschaft. Lore Maria Peschel-Gutzeit hat in dieser Zeit nicht nur eine glanzvolle Karriere als Richterin und Politikerin gemacht, sondern durch ihr ehrenamtliches Engagement für den DJB im Wege zahlreicher Stellungnahmen und Gutachten Rechtsgeschichte geschrieben. So geht unter anderem die Möglichkeit, als Richterin oder Beamtin in Teilzeit zu arbeiten, „auf ihr Konto“.

Darauf und auf die Tatsache, dass Lore Maria Peschel-Gutzeit dem DJB nicht nur durch ihre engagierten Stellungnahmen für die Rechte der Frau Reputation in Politik und Gesellschaft verschafft hat, sondern auch durch Übernahme des Präsidentinnenamtes, wies in ihrer launigen Rede die ehemalige Berliner Bürgermeisterin und Justizsenatorin sowie Neuanwältin Karin Schubert hin. Die Jubilarin dankte es den zahlreichen Zuhörerinnen, die aus allen Altersgruppen ihr zu Ehren erschienen waren, mit einem ebenso witzigen wie sachkundigen Vortrag zur Reform des Unterhaltsrechts. Der Abend klang hochvergnügt bei einem oder auch mehreren Gläsern Wein aus.



Termine

- 11. März** **9 bis 17 Uhr**
Das Ungerechte an der Gerechtigkeit – GM: eine Chance für den Umgang mit straffälligen Frauen
 Tagung der FES mit Kooperationspartnern im Rathaus Schöneberg. Internet-Info: www.fes.de
- 13. März** **19 Uhr**
Weil jedes Leben zählt – Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Frauen
 Vortrag von Dr. med. Anja Bondke im Skyroom im Charité Center for Cardiovascular Research, Hessische Straße 3-4, 10115 Berlin. Veranstaltung des BPW, Anmeldung an karin.reimers@bpw-berlin.de, Eintritt für Nichtmitglieder 5 Euro.
- bis 29. März** **Ausstellung**
Rosa Luxemburg – Ein Leben für die sozialistische Idee
 Galerie Olga Benario, Richardstraße 104 in Neukölln (U-Bahn Karl-Marx-Straße, Ausgang Neuköllner Oper durch die Passage), Öffnungszeiten: donnerstags ab 15 Uhr und auf Anfrage unter 68 05 93 87. Programm unter www.galerie-olga-benario.de
- 3. April** **19 Uhr**
Das große Fressen
 Vortrag von Dr. Silke Andrea Schuemmer über Essen, Lebensmittel, Genuss und Überdruß in der Kunst im Frauenhotel „Artemisia“, Brandenburgische Straße 18 in Wilmersdorf (Vortragsraum ist für Männer zugänglich). Veranstaltung des Akademikerinnenbundes. Anmeldung bis 1. April an Email: dab.berlin@t-online.de, Telefon: 88 55 07 72.
- 18. April** **19.30 Uhr**
Arbeit der Zukunft
 Podiumsdiskussion des BPW im Rathaus Schöneberg, Anmeldung an alexandra.schwarz-schilling@bpw-berlin.de, Eintritt für Nichtmitglieder 5 Euro.
- 27. -29. April** **Frauenworkshop „Biographiearbeit“**
 Jugendbildungsstätte Kaubstraße 9 in Wilmersdorf. Teilnahmegebühr 75 Euro, ermäßigt 50 Euro. Veranstaltung des Arbeitskreis Frauenpolitische Bildung, Bildungswerk Berlin der Heinrich-Böll-Stiftung, Mehr Infos unter www.bildungswerk-boell.de
- 7. Mai** **20 Uhr**
Weichenstellungen in die (Un)Abhängigkeit – was trägt der Gesetzgeber dazu bei?
 Vortrag von Christel Riedel (Juristinnenbund), Rechtsreferentin des Deutschen Frauenrates im Frauenhotel „Artemisia“, Brandenburgische Straße 18 in Wilmersdorf (Vortragsraum für Männer zugänglich). Veranstaltung des Akademikerinnenbundes. Anmeldung bis 4. Mai an Email: dab.berlin@t-online.de, Telefon: 88 55 07 72.
- 2.-6. Juli** **Spuren der NS-Geschichte entlang der Müritz**
 Bildungsurlaub mit dem Fahrrad, Teilnahmebeitrag: 320 Euro, ermäßigt 280 Euro. Infos unter 0176/23 96 24 19, www.fahrradbildungsurlaub.de

Girls' Day am 26. April

♦ Mitte Februar startete der Technik-Kreativ-Wettbewerb „Vision 2027 – Erfinde deine Zukunft“ für Mädchen in Europa. Schülerinnen ab Klasse fünf sollen dabei ihre Ideen in technische oder naturwissenschaftliche Erfindungen umsetzen, die die Welt von morgen gerechter, besser und lebenswerter gestalten können. Der Wettbewerb findet im Rahmen des „Girls' Day – Mädchen-Zukunftstag 2007“ statt, an dem Mädchen bundesweit bei vielen Veranstaltungen Einblicke in zukunftssträchtige Berufs- und Arbeitswelten erhalten. Einsendeschluss für Erfindungen ist der 27. April 2007, der Tag nach dem Girls' Day. Auch Schülerinnen aus den europäischen Nachbarländern können sich beteiligen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen wird die besten Ideen bei einer Festveranstaltung am 13. Juni 2007 in Berlin auszeichnen. Für den Girls' Day werden auch nach wie vor Firmen gesucht, die den Mädchen am 26. April einen Blick hinter die Kulissen erlauben und ihnen besonders die weniger typischen Frauenberufe nahebringen. Alle Informationen zum Wettbewerb und zum Girls' Day 2007 sind unter www.girls-day.de im Internet zu finden. Der Wettbewerb „Vision 2027 – Erfinde deine Zukunft“ wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

Die Emanzipation ist erst dann vollendet, wenn auch einmal eine total unfähige Frau in eine verantwortliche Position aufgerückt ist.

Clara Zetkin